GORLEBEN AKTUELL

DM 1,-

AG. WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE LÜNEBURG

Nr. 13
Okt. 80

RADIO-AKTIVITÄT

GEGEN RADIOAKTIVITÄT

Neue Konzeption

Seit einiger Zeit diskutieren wir in der Redaktionsgruppe über eine Veränderung von Gorleben Aktuell. Ein Ergebnis ist bereits in dieser Ausgabe sichtbar, der Schriftsatz ist mit Composer gesetzt. (Die uns hierdurch entstehenden Mehrkosten werden durch den Verkaufspreis nicht mehr gedeckt)

Gorleben Aktuell soll nach unseren Vorstellungen ab der nächsten Ausgabe (Nr. 14, Ende November) in neuen Format und Umfang erscheinen. Die Zeitung wird dann geheftet sein, und einen Umfang von 32 - 36 Seiten haben. Der Schriftsatz wird mit Composer gesetzt und es wird die Möglichkeit bestehen Photos mit aufzunehmen.

Wir hoffen mit dieser neuen Konzeption eine Zeitung herzustellen, die anschaulicher und informativer ist, als das bisherige Gorleben Aktuell. Bisher stand die Redaktionsgruppe immer vor der Schwierigkeit sehr viel Informationen und Material für eine Zeitungsausgabe zur Verfügung zu haben, aber nur einem Platz von 20 Seiten, demgegenüber. Bei einigen Ausgaben wird dies auch deutlich, wenn wir mit sehr viel Verkleinerungen im Text gearbeitet haben und so viel Text auf eine Zeitungsseite gesetzt haben, wie nur möglich war. Solche Seiten verlangen dann vom Leser schon einige Ausdauer. Einen weiteren Vorteil erhoffen wir uns durch den Einsatz von Photos, mit denen oft mehr ausgedrückt werden kann als durch Worte. Auch die Herausgabe der Broschüre „33 Tage Besetzung auf 1004" und die positiven Reaktionen hierauf haben uns bestärkt, ein ähnliche Aufmachung für die Zukunft zu wählen.

Die Produktionskosten für die Zeitung werden sich für uns um einiges erhöhen durch die neue Konzeption. Bisher wurde der Endverkaufspreis von 1,- DM für Gorleben Aktuell schon sehr knapp kalkuliert. Dies haben auch die Weiterverkäufer wie Bürgerinitiativen und Bücherläden zu spüren bekommen, weil wir keinen großen Rabatte geben konnten. Dies soll sich nun ändern. Der neue Endverkaufspreis soll 2,- DM betragen. Über die genauen Rabatte werden wir Euch rechtzeitig informieren.

Falls unsere Überlegungen in Bezug auf die neue Konzeption auf erhebliche Bedenken stoßen, bitten wir darum uns dies möglichst schnell mitzuteilen!

WIR BRAUCHEN EURE HILFE !
Photos, Ideen u. Anregungen.

Ab Nr. 14 werden wir Photos abdrucken können. Wir brauchen also Photos von Ereignissen in Lüchow-Dannenberg und von Aktionen in anderen Orten zu „Gorleben". Wenn Ihr selbst welche macht schickt uns die Photos mit kurzer Erläuterung, um welche Situation es sich handelt, zu.

Wenn Ihr in Euren Orten Aktionen zu Gorleben durchführt, die auch für andere interessant sind, schickt uns darüber kurze Berichte (Für Nr. 13 wäre z.B. Ideen zur Bundesweiten Aktionswoche über die Zwischenlagerung interessant gewesen).

Impressum
Gorleben Aktuell Nr. 13

Presserechtl. verantwortlich: Günter Garbers, Lüner Str. I b, 2120 Lüneburg

Bestellungen bei: Gunter Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg

Konto Nr. 28480, Stadtsparkasse Lüneburg, Postscheckkonto 37814-206, PschA Hamb. beides Günter Garbers

Telefonverbindung
04131/45290 Matthias

Herausgeber: AG Wiederaufbereitungsanlage, Lüneburg

Auflage 3000

1004 in Wort und Bild

Zu der Besetzung auf 1004 gibt es zahlreiche Filme und Broschüren. Hier eine Zusammenfassung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

- Die Zukunftsverbrecher lassen räumen. Kuszfilm über die Räumung von 1004, 6 Min., Farbe 16 mm Magnetton, Leihmiete ca. 20,- DM.
- Bezugsgruppen auf 1004.
  Organisation während der Besetzung, 35 Min., schwarzweiß, 16 mm Magnetton, Leihmiete ca. 65,- DM + Mehrwertsteuer u. Versandkosten.
  Beide Filme sind zu bestellen bei: Zentraler Film-Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36.
- Überfall auf 1004. Film berichtet über einen gelungenen Versuch auf Pfaden zur Räumung zu gelangen, 25 Min.
- Bericht von der Räumung. Film mit Bildern vom Leben im Dorf und von der Räumung. 12 Min.
  Bestellungen bei Gegenlicht, Tabostr. 22, 1 Berlin 36
- Fotobuch über RFW von Burkhard Kretschmann auf 60 Seiten, 100 Fotos für 6,80 DM, Bestellungen bei Burkhard Kretschmann, Margarethenstr. 38, 6 Frankfurt 70, BI's bekommen 30 % Rabatt.
- 33 Tage Besetzung auf 1004, 48seitige Broschüre zum Leben auf 1004 und zur Räumung, mit vielen Fotos. 3,- DM, ab 10 Stück 2,40 DM, Herausgeber WAA-Gruppe Lbg. u. BUU Hamburg, bestellungen an Gunter Harms, Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.
- Tageszeitungs-Broschüre zu Gorleben, 40 Seiten, 1,- DM, Preisstaffel, Bestellung: TAZ Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65.
- Zwei Toncassetten a 90 Min. mit Begleitheft, Radio Freies Wendland zur Räumung, Bestellung: Network Medien Cooperative, Hallgartenstr. 64, 6 Frankfurt 90 22,80 DM + Porto + Verpackung.
- „Republick Freies Wendland", Hrsg. von Gunter Zint 327 Seiten, viele Fotos, Preis 14,80 DM über 2001-Verlag.
- „Es gibt im Dorf ein Fritz-Teufel-Haus", 6,- DM, plus Porto u. Versand, Bestellung: P. Damman, Erikastr. 146, 2 Hamburg 20.

Sondernummer „ATOMLAND HESSEN"
Das Heft (40 Seiten, 2,50 DM; Wiederverkäufer 2,10 DM) kann durch Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Ffm 525 28 - 602) bestellt werden (bitte angeben: ID - 3461!) oder bei: Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten - ID, Postfach 900 343, 6 Frankfurt 90, Tel. 0611/704352.

Dokumentation zum Tod von Olaf-Ritzmann.
Opfer des Polizeieinsatzes anläßlich eines Strauß-Auftritts in Hamburg. 2,50 DM ca. 60 Seiten, Bestellungen: Ermittlungsausschuß Bunte Liste, Bartelsstr. 26, 2 Hamburg 6.

Aus dem Inhalt:

Bilanz der Räumung von 1004 ..... S. 3–10
Widerstandsdiskussion nach 1004 ..... ab S. 11
Radio Freies Wendland ..... ab S. 13
Zwischenlagerung ..... ab S. 16
Tiefbohrungen ..... ab S. 18
Gorleben–Prozesse ..... ab S. 20

... daß dort der Totengräber seine

eigne Grube gräbt ...

Bilanz der polizeilien Räumung von 1004

Inzwischen wissen wir aus dem berufenen Munde des Lüneburger Polizeidirektors Ottokar Schulze, daß der Polizeieinsatz vom 5. Juni „ *bisher in der Nachkriegszeit bundesrepublikanischer Geschichte von der Größe her ohne Beispiel ist. Das heißt Brokdorf, Grohnde, Kalkar,Ohu und ähnliche Einsätze haben vom personellen und materiellen Umfang her nicht solche Größe.* " (Tonbandmitschnitt der polizeilichen Auswertungsveranstaltung vom 1.7. 80)

Wenn wir uns auf den kommenden Seiten mit diesem Einsatz intensiver beschäftigen, so hat das folgende Gründe:

1. Die tatsächlich skandalösen Einzelheiten dieses Einsatzes wurden in der Öffentlichkeit nahezu totgeschwiegen.. So ist kaum bekanntgeworden,daß die Polizeiführung Knüppeleinsätze gegen gewaltlose AKW-Gegner keineswegs als „*Ausrutscher*" betrachtet, sondern prinzipiell für gerechtfertigt hält.(Vergleiche Interview mit Polizeisprecher Meyer auf Seite 4)
   Ebenso unerwähnt blieb das Auffliegen eines Polizeiagenten, das auf dem besetzten Platz 1004 Waffen angeboten hatte.(Siehe Seite 6)
   Allein dem mutigen Tonbandmitschnitt einzelner Polizeibeamter während einer polizeiinternen Auswertungsveranstaltung verdanken wir u.a. die Information, daß während der Räumung sowohl die Hilfe der Bundeswehr als auch des Auslandes (!) in Anspruch genommen wurde.(siehe Seite 4)

2. Wir betrachten die Besetzung von 1004 insgesamt als einen großen Erfolg und richtigen Schritt. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß die von höchster Stelle ausgetüftelte polizeiliche Übermachtsstrategie während der Räumung auch eine ratlose und resignative Stimmung innerhalb der Anti-AKW-Bewegung hinterlassen hat. Wir wollen aufzeigen, daß dies inzwischen vielerorts angewandte Polizeikonzept eben mit der Hoffnung durchgezogen wird, daß wir „ freiwillig " von aktivem Widerstand gegen das Atomprogramm Abschied nehmen. Dennoch zeigt sich,daß auch gegen diese so allmächtig erscheinende Fassade des Atomstaats erfolgreicher Widerstand möglich ist. (siehe Seite 9)

3. Wir finden es gut, daß auf der für Ende November angesetzten Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung (siehe S. 22) die Auswertung von 1004 ein Diskussionsschwerpunkt sein soll und hoffen mit unserer „ Bilanz " ein bißchen Material hierfür beizusteuern.

Polizeisprecher rechtfertigt Schlagstockeinsatz

Die Räumung von 1004 wurde in der Presse allgemein als „friedlich" bezeichnet. So äußerte auch der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff gegenüber der „ Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", er sei vor allem froh, daß es bei der zwangsweisen Räumung k e i n e Gewalttätigkeiten gegeben habe (Vgl. HAZ, 5. 6. 80). „*Durch die Vermittlung von Pastoren der ev.-luth. Landeskirche Hannovers und Vertretern der BI Lüchow-Dannenberg kam es auch in der letzten kritischen Phase n i c h t zu Gewalttätigkeiten.*" (HAZ, 6. 6. 80). Die Gewalt, die von der Polizei ausging, wurde verharmlost oder als „Fehlverhalten einzelner Beamter" bezeichnet.

In einem Interview, das am 13. 6. 80 von Mitgliedern der BI Lüchow-Dannenberg mit dem Polizeisprecher Myer afgenommen wurde, wird dagegen deutlich, daß es sich bei den Schlagstockeinsätzen nicht um das „Fehlverhalten einzelner Beamter" gehandelt hat. Meyer, der den Einsatz mit Möcklinghoff, der Einsatzleitung und einem Vertreter des Bundesinnenministeriums vor einem Fernsehschirm in Lüchow verfolgte, erklärt wiederholt, daß die Einsätze von Schlagstöcken und Pferden, bei denen auch die Verletzung von Demonstranten bewußt in Kauf genommen wurden, legitim und durchaus nicht außergewöhnlich sind.

FORTSETZUNG AUF S. 5

Geheime Polizeiauswertung der Räumung

Am 1. 7. 1980 fand in Celle eine Nachbereitung bzw. eine Ausbildungsveranstaltung der Polizei zur Räumung des Dorfes 1004 statt. Die Veröffentlichung eines Tonbandprotokolls dieser Nachbereitung war der Anlaß für einige Hausdurchsuchungen. (Siehe auch S.10).

Polizeidirektor S c h u l z e erklärte, es sei ein Bedürfnis des Kommandos, für diejenigen, die zum Teil *„in vorderster Front eingesetzt waren', nun hier einmal einige Dinge auszubreiten, die vorher nicht gesagt werden konnten." So* wurde der Einsatz wegen der Verhandlungen von Bundesinnenminister Baum mit Vertretern der BI Lüchow-Dannenberg und des BBU um 24 Stunden verschoben.

„ Und was das bei diesem Personalaufwand, bei dieser großen Zahl von Beamten und beteiligten Behörden in Hessen, NRW, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein, BGS, am Sonntag bedeutet hat, das kann man keinem so schildern. Aber das war also ungeheuer für uns, jetzt alles ändern...Bis dahin lief ja alles...unter top secret, insofern unsere Aufgabe, aber das haben sie mit dieser Mischung von Jocus und Ernsthaftigkeit letztlich erreicht..."

Es fiel der Polizei schwer, eine rechtliche Grundlage für die Räumung zu finden, als es am 20. Mai hieß, ...*„das Ding ist so oder so zu räumen..."* Aber die Einsatzleitung mußte nicht nur mit solchen Problemen fertig werden.

„Dann haben wir gesagt: Wie kommmen wir da nun rechtlich ran? Begehen die eigentlich Straftaten?" Hausfriedensbruch oder Nötigung kam nicht in Frage, so wurde z.B. erwogen, die PTB als *„Zustandshafter"* zu ahnden, *„der also auf seinem Grund und Boden rechtswidrige Zustände duldet, also die PTB, die könnte ja den Auftrag kriegen , die Buden da wegzuräumen..." „Fortlaufende Lageverschärfung während der Einsatzvorbereitung, hier mehrfache Erweiterung des Kräftekonzepts, das war also unser Problem, immer wenn wir das Ding fertig stehen hatten, haben wir wieder gesagt, 'Donnerwetter, kommen wir wohl zurecht? Reicht es?' " „Wenn den Beamten die Waffen weggenommen wären... multiplizieren Sie die Zahl der Demonstranten nur mal mit drei... wir wären Unterlegen gewesen...Wenn es zu Gewalt gekommen wäre, wir wären gleichwohl erster Sieger geblieben..."*

„Und schließlich bestand die Gefahr der Verletzung von Leuten auf den Türmen, stellen Sie sich nur mal vor, einer wäre uns da oben runtergefallen, vielleicht gar nicht durch einen Polizisten angefaßt, und wäre also zu Tode gekommen, was dann in der Bundesrepublik losgewesen wäre. Nicht wahr, man sich das also mal vor Augen halten, mit was für Ängsten wir auch noch während des ganzen Einsatzablaufes gelebt haben." Diese Ängste scheinen aber nicht bei allen Beamten vorhanden gewesen zu sein. Wie läßt es sich sonst erklären, daß einer der Turmbesetzer so geschlagen wurde, daß er einige Wochen mit dem Verdacht auf Schädelbasisbruch im Krankenhaus lag??

Die Äußerungen von PD Schulze werfen noch weitere Fragen auf. So erklärt er, „...daß uns alle, In-und Ausland, umfangreich geholfen haben." Er läßt jedoch offen, worin diese Hilfe bestand und vor allen Dingen, von wem diese Hilfe geleistet wurde. Interessant ist auch die Tatsache, daß der niedersächsische Innenminister speziell für die Räumung eine Verordnung außer Kraft setzte, so daß den Beamten die Möglichkeit genommen wurde, „flüchtende Verbrecher zu stellen. Befürchtete er, daß die Beamten, die nicht zimperlich mit Schlagstock umgehen, plötzlich auch auf Atomkraftgegner schießen könnten?

Hier PD Schulze im Originalton:

„ ... ich weiß nicht, ob Sie es wissen, es steht jedenfalls im Einsatzbefehl und es ist eine wichtige Ziffer, daß während des Einsatzes zum Zwecke der Strafverfolgung von der Schußwaffe kein Gebrauch gemacht werden durfte. Das ist eine Weisung des Innenministers gewesen, also aus Notwehr und Nothilfe, so wie es die Gesetze ja vorschreiben und sagen, das steht in der NZWVO und im Strafgesetzbuch aber, bezogen auf das Anwenden unmittelbarer Zwangsmittel nach dieser NZWVO, z.B. um einen flüchtenden Verbrecher zu stellen, fluchtunfähig zu schießen, dieses Recht war nach dem Einsatzbefehl für den gesamten Räumungstag ausgeschlossen. ..."

In seiner Rede deutet PD Schulze darüberhinaus an, daß völlig rechtswidrig sogar Einrichtungen der Bundeswehr benutzt und somit offenbar Amtshilfe durch das Bundesverteidigungsministerium geleistet wurde !

Heißt es anfangs noch: *„ ...die Bundeswehr ist also gehindert, will ich mal vorsichtig sagen, uns zu helfen, es besteht also die Auffassung, daß sie ausschließlich der äußeren Sicherheit sich zu widmen hat und solche Unterstützungsaktionen für die Polizei nicht durchführt. ..."* so wird später die Nutzung einer Bundeswehrkaserne unumwunden zugegeben:

„ Und dann haben wir also hier die Hubschrauber, die waren da in Gifhorn schon eingetroffen, die machten dort Einsatzbesprechung, da haben wir da angerufen und gefragt , Wann könnt ihr das erste Mal fliegen? ' Da sagte er ‚Morgen früh, wenn die Sonne aufgeht', da sage ich , Nein, jetzt! Er sagte, da müßte er erst mit seinem Boß sprechen, in Bonn....Dann flogen die Hubschrauber von hier nach Verden, Rothenburg in eine Bundeswehrkaserne, dort waren (uv), nahmen zwei weitere Züge auf aus dem Raum Verden und flogen sie nach Dahlenburg. ..."

Interessant ist auch die folgende Passage:

„ Es gab also nachweislich bei uns in den Akten ein Fernschreiben das das Land Bremen an das Bundeskanzleramt geschickt hatte, in dem also ausgeführt wird, daß in Bremen Nachrichten darüber vorliegen, daß typische Bremer – ich denke jetzt an die Bremer Krawalle, daß aus solchen Gruppen Leute auf dem Platz sind, die auch Schußwaffen besitzen, und sie mit auf den Platz genommen hätten, und denen auch zuzutrauen ist, daß sie unter bestimmten Voraussetzungen davon Gebrauch machen. Dieses generelle, durch das Fernschreiben aus Bremen und was ich da Ihnen erzählt habe, dafür haben wir auch bei intensivem Nachfragen auf der eigenen Polizeischiene in Bremen keine Bestätigung erhalten." **Es ist typisch, daß diese Tatsache bis heute nicht in den Medien veröffentlicht wurde. So herrscht auch jetzt noch die Meinung vor, daß die „Gewalttäter" der Übermacht der Polizei gewichen sind.**

INTERVIEW MIT POLIZEISPRECHER MEYER:

„ PFERDE SIND HILFSMITTEL DER KÖRPERLICHEN GEWALT. SIE KÖNNEN BEI SOLCHEN GELEGENHEITEN GENAUSO ANGEWENDET WERDEN, WIE DER POLIZEISTOCK. "

Meyer: Sie hätten den Platz verlassen müssen, und weil Sie das nicht getan haben, werden Sie mit Zwangsmitteln, die der Polizei zur Verfügung stehen, dort weggeräumt. Und daß es dabei zu solchen Dingen kommt, Einsatz von Pferden, von Hunden, das ist normal.

D.: Nein, Herr Möcklinghoff hat etwas anderes gesagt als Sie. Sie sagen, der Schlagstock ist normales Organ des Vollzuges.

Meyer: Richtig!

D.: Und Möcklinghoff sagt, es ist ein Ausnahmefall einzelner Beamter, die gegen den Befehl gehandelt haben.

Meyer: Nein, Nein, so hat er das nicht gesagt. Er ist gefragt worden, ob ü b e r m ä ß i g e r Schlagstock angewendet und u n r e c h t m ä ß i g angewendet wurde. Und da hat er gesagt:'Heute mittag ist mir gesagt worden, das sei nicht der Fall. Wenn das jetzt behauptet wird, werde ich diesen Dingen nachgehen.' Und zwar diesen beiden Dingen: Übermaß ist nicht mehr rechtmäßig, unrechtmäßig ist auch ein Punkt, dem der Minister nachzugehen hat. Das sind zwei ganz entscheidende unterschiedliche Kriterien. Wir sprechen jetzt nur von der Situation, wo ich sage: es ist rechtmäßig.

H.: Nochmal zum Pferdeeinsatz. Pferde sind doch auch noch eingesetz worden, als wir per Megaphon unsere eigenen Leute aufgefordert hatten, weiterzugehen, weil wir das für zu gefährlich hielten. Wir hatten uns auf den Boden gesetzt, und vor unseren Augen hatte einer der berittenen Polizisten sein Pferd ungedreht - es ist ja bekannt, daß Pferde nicht in eine geschlossene Gruppe reingehen - er hatte es umgedreht, damit es nicht sieht, und hat es rückwärts in diese sitzenden Leute hineingetrieben.

Meyer: Die Pferde sind Hilfsmittel der körperlichen Gewalt. Sie können bei solchen Gelegenheiten genauso angewendet werden wie der Polizeischlagstock.

D.: Das ist doch die bewußte Inkaufnahme von Verletzungen!

Meyer: Die wird ja von Ihrer Seite auch in Kauf genommen. Er unterstellt, daß bei der Androhung des Rückwärtsgehens des Pferdes der gesetzmäßige ordnungsgemäße Zustand wieder hergestellt wird. Nämlich dadurch, daß die Demonstranten vorher den Platz verlassen, das war ja die Absicht.

H.: Das hat sich ereignet, als die Demonstranten vom Platz waren, es war völlig unverständlich, warum wir noch weitergedrängt wurden...Er hat das Pferd als Hilfsmittel benutzt, um Demonstranten zu verletzen.

Meyer: Das ist legitim.....Jawoll!

H.: Meinen Sie, daß die Fälle des Schlagstockeinsatzes nicht an die Öffentlichkeit sollen?

Meyer: Das brauchen wir nicht zu verheimlichen.

H.: Warum darf dann die Öffentlichkeit nicht auf den Platz?

Meyer: Die Presse ist doch nicht die Öffentlichkeit. Wenn ich schon immer höre, wir, die Presse nehmen die Funktion der Öffentlichkeit wahr, dann ist das ein so großer Anspruch, den ich diesen Leuten so pauschal gar nicht zugestehe. Es ist doch noch mehr als bloß die Presse Öffentlichkeit....Ich komm nachmal darauf zurück. Ich sage ganz deutlich, die Anwendung des Schlagstockes ist rechtens. Ich sage noch einmal, dort, wo sich aneinandergekettet worden ist im Sinne von Festhalten, wenn dann Polizeibeamte kommen und wollen wegtragen, dann müssen sie zerren und ziehen, und irgendwo ist das die Grenze, wo der Polizeibeamte zurecht sagt, wie kannst du das nun durchsetzen (haut mit dem Glas auf den Tisch) und dann nimmt er als nächstes (wumm) Mittel (klirr) den Pokizei (wumm) schlag (klirr) stock (schepper) und haut auf die Arme drauf, die den dann festhalten, den wir wegtragen wollen.

Das ist legitim, das ist rechtens, das ist in Ordnung und da würde ich nicht der Meinung sein, daß das von anderen nicht gesehen werden darf. Anders gesagt: es gibt keinen Anlaß, diesen Schlagstockeinsatz in den Bereich des Dunkeln, gar nicht Vorzeigbaren zu rücken.

H.: Wer kontrolliert das polizeiliche Tun, wenn die Presse nicht da ist und keine Öffentlichkeit? Niemand!

Meyer: Ich halte dise Maßnahmen für richtig und sage immer wieder: die Presse hat gar keinen Anspruch darauf, nun, ein, wie sie gerne mölchte, Spektakel unmittelbar zu beobachten. Das kann es nicht geben.... Das, was Herr Spoo gesagt hat (Anm. E. Spoo ist Korrespondent der Frankfurter Rundschau) in dieser Extra-3-Sendung, das ist so ungeheuerlich, daß der Spoo - ich sage ausdrücklich der Spoo - auch nocherheblichen Ärger kriegen muß. Ich hoffe es. Weil der Mann hier Recht für sich in Anspruch nimmt, die er anderen nicht zubilligt. Ersagt: ich will dort stehen, wo ich es will, die Polizei hat das zu dulden. Denn stehe ich nicht dort, dann geht die Polizei in die Anonymität, und dann werden dort noch mehr, wie er es wörtlich gesagt hat, noch mehr kriminelle Handlungen begangen als wär ich dabei. Eine unglaubliche Unterstellung.

B.: Die Rechtsanwälte hatten zwei Stunden versucht, bei der Einsatzleitung nachzufragen, ob Leute festgenommen waren... Die Rechtsanwälte wurden immer vertöstet und hin und her geschoben. Da war ich echt geladen..

Meyer: Wissen Sie, wenn da jemand anruft und will ne Auskunft haben, der hat ja gar keinen Anspruch darauf. Bestehen bleibt die Praxis, wenn jemand festgenommen wird, kümmert sich die Polizei schon um einen Rechtsanwalt. Der braucht also keine Auskunft zu erhalten....Wissen Sie, was Rechtsanwälte für sich in Anspruch nehmen oder sich auch anmaßen, wie man das im Einzelfall beurteilen mag, das bedeutet noch lange nicht, daß das für uns eine Pflicht ist. Sie glauben doch wohl nicht, Frau Kay, daß ein Polizeibeamter plötzlich ins Hüpfen gerät, weil am anderen Ende ein Rechtsanwalt Soundso ist für seinen vermeintlichen Mandanten..

B.: Da hat mann doch Angst um die Menschen, wenn man hört, der ist auf 1003 gebracht worden. Ich fühle mich ganz einfach verpflichtet, für ihn einzutreten.

Meyer:Das tut der Polizeibeamte für den Betroffenen, der da vorläufig festgenommen ist , auch, Sie müssen davon ausgehen, Frau Kay. Ein bißchen Zutrauen in den Staat und seine Organe muß man haben.

(Weitere Passagen des Interviews enthält das Buch von Günter Zint, das im 2001-Verlag erschienen ist)

Spitzel in der Freien Republik

Polizeispitzel hat es im Dorf 1004 scharenweise gegeben. Nach einer Weile bekam man einen sicheren Blick für die eine Sorte: Junge Männen - paarweise oder zu viert - , gut frisiert, saloppe Kleidung, adrettes Aussehen, die Mini-Kamera in der Hand, so schlenderten sie interessiert-unauffällig an den Hütten vorbei. Sprach man sie an, hatten sie gleich lange Erklärungen parat, fragte man genauer, verwickelten sie sich in Widersprüche. Wenn man sie dann von Platz wies, zogen sie sich ohne größeren Protest zurück.

Ich weiß nicht genau, wer diese Jammerlappen bezahlt: der Verfassungsschutz, die Kripo oder irgendeine andere Abteilung der Polizei. Auf jeden Fall sind sie schlecht getant, leicht zu verunsichern und von jedem normalen Besucher mit guten Gewissen schnell zu unterscheiden. Und vor allem sind sie harmlos, denn sie erkundschaften das, was sowieso öffentlich ist.

Doch dann gibt es noch die andere Sorte von Spitzeln, äußerlich von den Platzbesetzern nicht zu unterscheiden, die sich unter die Demonstranten mischen, mit ihnen leben und mitdiskutieren. Überall gibt es solche *„agent provokateurs"* - wir kennen sie aus Berlin, Göttingen und anderen Orten - , und sie waren sicher auch im Dorf 1004 dabei. Meist kommen sie selbst aus derr ‚linken Szene', befinden sich in persönlichen oder finanziellen Schwierigkeiten, und werden von der anderen Seite geködert, um den Widerstand in jene Richtung zu steuern, wo Polizei und Betreiben ihn gerne hätten: in die Isolation.

In der Freien Republik Wendland haben wir nach Provokateuren nicht Ausschau gehalten, das sät nur Mißtrauen und bringt meist nichts. Je näher die Räumung rückte, je mehr die Spannung stieg, desto häufiger flackerten jedoch Diskussionen darüber auf. Verständlich, finde ich. Enttarnt wurde meines Wissens nur einmal ein solcher Spitzel, leider wurde bei der Aufregung vergessen, Beweise zu sichern. Hier eine kurze Schilderung des Vorfalls, soweit ich ihn selbst erlebt habe:

Ich saß mit meinen Freunden abends in der Hütte am Feuer, als draußen eine lautstarke erregte Diskussion entbrannte. Ich stellte mich dazu, und konnte in der Dunkelheit allmählich erkennen, daß eine Gruppe von Dorfbewohnern um einen jungen Typen herumstand, und ihm aufgebracht beschimpfte. Einer konnte nur mühsam daran gehindert werden, mit den Fäusten auf ihn loszugehen. Der Junge rappelte wie auswendig gelernt seine Story herunter: Er sei einer von uns, er wohne in Hagen (glaube ich, mich zu erinnern), man kenne ihn dort, wir brauchten nur seine Eltern zu fragen. Er werde gesucht von der Polizei, habe 4.000 DM Schulden bei der KWU (Kraftwerksunion) und sei abgehauen. Er zitterte vor Angst und bat, vom Platz zu seinem Auto begleitet zu werden. Schließlich nahmen ihn zwei Leute in ihre Mitte und brachten ihn zum Ausgang mit der Empfehlung, sich im Dorf nie mehr blicken zu lassen.

Später erzählten mir dann die Beteiligten, daß dieser junge Typ regelmäßig abends in einer Hütte erschienen sei, sich anbiedernd verhalten habe, widersprüchliche Geschichten erzählt und so das Mißtrauen der anderen erregt habe. Immer wieder habe er darauf gedrungen, daß man sich gegen die Polizei mit Gewalt wehren müsse, und schließlich habe er angeboten, Waffen zu besorgen. Da sei ihnen endgültig klargeworden, mit wem sie es zu tun gehabt hätten.

Natürlich hätten wir den Typen nicht so einfach laufen lassen dürfen, hätten ihn ausfragen und fotographieren müssen. Aber daran hat im Moment keiner von uns gedacht. Dennoch bestehen für mich keine Zweifel, daß es sich in diesem Fall um einen von der Polizei bezahlen Provokateur gehandelt hat.

Gaby Jaeger

GdP aktuell

INFORMATIONEN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

Der Gewerkschaftsvorstand der Gewerkschaft der Polizei hat sich anläßlich seiner Sitzung am 13. Juni 1980 mit der Rolle der Polizei bei gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen eingehend befaßt. Er beschloß einstimmig folgende Resolution: (In Auszügen)

- **Das Primat der P o l i t i k ist es, zu entscheiden, ob die Polizei in bestimmten konkreten Situationen eingesetzt wird, was die politische Verantwortung für den Gesamteinsatz impliziert.**
- **Das Primat der P o l i z e i ist es, zu entscheiden, w i e polizeiliche Einsätze gestaltet werden. Von daher verbietet es sich, daß Politiker sich in die Rolle eines Polizeibeamten begeben und unmittelbar in polizeiliche Entscheidungsanlagen eingreifen. Solche Lagen sind ausschließlich nach polizeifachlichen Gesichtspunkten durch Polizeibeamte zu regeln.**
- **Es ist nicht länger hinzunehmen, daß aufgrund politischer Entscheidungen offenkundige Rechtsverstöße - -wie z.B. bei Hausbesetzungen oder Bohrplatzbesetzungen - über lange Zeit toleriert werden; derlei Situationen verfestigen rechtswidrige Zustände mit dem Ergebnis, daß bei polizeilichen Einsätzen das Unrechtsbewußtsein der Betroffenen abgebaut ist, was zu Eskalationen beitragen kann.**
- **Die Polizei muß umfassend aufgabengerecht ausgestattet werden. Es ist nicht hinzunehmen, daß die Polizei ständig in materieller und personeller Hinsicht hinter den Ereignissen herhinkt.**
- **Darüber hinaus müssen Forschungsaufträge vergeben werden. Sie sollten die Grundlage für entscheidungshilfen sein, um der ständigen Eskalation gewalttätiger Auseinandersetzungen und einer zunehmenden Militanz von extremistischen Gruppen wirksam begegnen zu können.**

Spitzel Provokateur

Die Polizei - dein ~~Freund~~ und ~~Helfer~~

Vielen Lesern dürfte es kaum glaubhaft erscheinen, daß ausgerechnet durch Polizeibeamte auf 1004 Waffen angeboten sein sollen.

Eindeutig belegt sind allerdings die Aussagen von „ Wicky ", alias Marc Baumann, alias Polizeiobermeister Klaus Eggert vom Landeskriminalamt Hannover, Abteilung Staatsschutz, der als V-Mann in den Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie geschleust wurde. Seine Vorgesetzten hatten ihn mit einem kompletten Satz falscher Papiere ausgerüstet, vom Personalausweis über Führerschein und Wagenpapiere für zwei Dienstwagen bis hin zur Hörerkarte für die Volkshochschule - alles ausgestellt auf den Namen Marc Baumann. Er empfahl Göttinger Atomgegnern *„ eine Rauchbombe in eine Trafostation zu werfen.Das würde Aufruhr geben."* und prahlte: *„ Bei der nächsten Demonstration will ich eine Tränengasgranate loswerden."* Die Granate brachte er gleich mit, ebenso versprach er , Sprengstoff *„ und andere Materialien"* besorgen zu können.

Ein Mitarbeiter von Eggert, Erwin Gomes tauchte unter dem Decknamen Otto in einer Wohngemeinschaft bei Braunschweig auf, legte eine Fünfziger-Packung mit 9 mm Munition auf den Tisch und sagte: *„ Die hab ich aus Frankfurt, da kann ich auch Waffen besorgen.* " Diese Beispiele belegen, daß es sich beim Einschleusen von Polizeiprovokateuren nicht um „ Auswüchse" sondern um Methoden unseres ach so freiheitlichen Rechtsstaates handelt.

In einem Interview mit dem Leiter des niedersächsischen Landeskriminalamtes, Burghard, erklärte dieser gegenüber dem „Atomexpress", daß den einzelnen Polizeispitzeln im Rahmen eines generellen Observierungsauftrages *„ absolut freie* " Hand gegeben sei: *„ In diesem Rahmen konnten sich unsere Beamten aufhalten, wo sie wollten und tun, was sie wollten."* (Alle Angaben aus „Stern" vom 22.2..79 bzw. „Gorleben Aktuell" Nr.5)

Daß der Polizei besonders bei Besetzungen geradezu jedes Mittel recht ist, verdeutlicht auch der Aufsatz eines PA Maximilian Beierl, Pol.Präsidium München über die „ Praktiken der Hausbesetzer und daraus abzuleitende Einsatzgrundsätze der Polizei" . (in „ Die Polizei", Heft 5/77) Als eine der vordringlichen Aufgaben der Polizei wird dort unter Punkt 3 genannt:

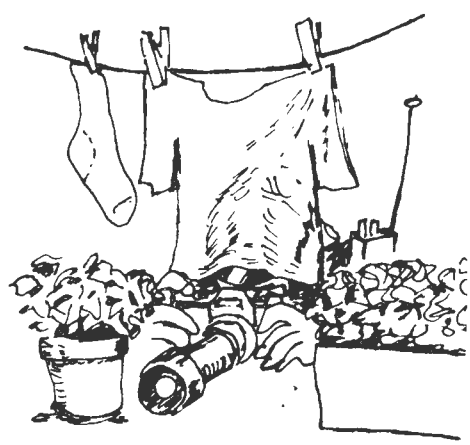
„ 3. Entwicklung konspirativer Einsatzmethoden, z..B. Einschleusen von Beamten bzw. Verbindungsleuten als Handwerker, Lieferanten, Passanten."
Die Observation müsse *„ unter Einsatz von Nachtsichtgeräten und Richtmikrophonen so konsperativ durchgeführt werden, daß sich die Besetzer und ihre Sympathisanten trotz entsprechenden Mißtrauens völlig unbeobachtet fühlen... Die Observation ist durch Beamten der Kriminalpolizei bzw. Spezialkommandos ohne Unterbrechung bis zum Abschluß der Räumung durchzuführen.Der Einsatzleiter ist ständig zu informieren.Die so gewonnenen Erkenntnisse stellen einen wichtigen Faktor für die Festlegung der Räumung dar."*

Auch im Dorf 1004 dürften zahlreiche Polizeispitzel gelebt und „ gearbeitet " haben: so ist inzwischen bekannt geworden, daß sich während der gesamten Zeit der Besetzung in einem weißen, verrosteten VW-Bus (mit rotkarierten Gardinen und Anti--Atomaufklebern) eine junge Kripo-Beamtin und ein junger Kripobeamter auf dem Gelände aufhielten. In einem „Tagebuch"zweier Polizeibeamten heißt es u.a.:

„ Abends treffen wir die Kripo auf dem besetzten Platz. Ein Kripo-Mädchen kennen wir ganz gut vom letzten Lehrgang her. Wir sprechen sie an, aber sie erklärt uns kurz, daß sie mit uns hier nicht reden will, da sie im Dienst sei und unerkannt bleiben muß... Heute ist Pfingstsonntag, ein kirchliches Fest, daß schulpflichtigen langersehnte Ferien beschert. Polizeipflichtigen in und um Gorleben ist Pfingsten nicht als kirchliches Fest im Bewußtsein...Die Kripo steht unter dem Altar (auf 1004 - Anm. G.A.) und lauscht unerkannt. Auch einige Kollegen von der Schutzpolizei in Zivil sind da; die wollen sich sicherlich nur informieren..."

Wir halten es für selbstverständlich, daß seitens der Bürgerinitiativen alles getan wird, um eingeschleuste Beamten und Polizeiprovokateure zu entlarven und öffentlich vor ihnen zu warnen. Beispielhaft war hier die Arbeit des „Göttinger AK gegen Atomenergie", der Anfang 1979 die Fotos der aufgeflogenen Polizeiprovokateure in Plakatform allen Bürgerinitiativen zugänglich machte.
Als in Lüchow-Dannenberg erneut ein Demonstrationsteilnehmer (anläßlich der Überführung der Bohranlagen von 1003 auf 1004) als Kripo-Beamter entlarvt und sein Foto im BI-Büro zur Warnung ausgestellt wurde, reagierte die Polizeiführung wie von der Tarantel gestochen: wegen angeblichen Verstoßes gegen das *„ Kunsturhebengesetz* " wurde das Bild beschlagnahmt und das BI-Büro sowie eine Privatwohnung durchsucht, um an das Negativ zu gelangen. Mit solchen Einschüchterungsversuchen sollen Bürgerinitiativen davor abgeschreckt werden, die Agententätigkeit unserer „ Freunde und Helfer" aufzudecken - wir hoffen, daß diese Rechnung **nicht** aufgeht.

Porträt eines Kriminalbeamten
„Verstoß gegen Kunsturheber-Gesetz"



Räumung von 1004

„Apocalypse Now" -oder einkalkulierte Einschüchterung?

Ein Diskussionsbeitrag in der 1004- Dokumentation der TAZ schließt mit folgenden Worten:

„ Wenn jetzt schon unser Entsetzen so groß ist, müssen wir uns fragen, wie sehr wir das Motto der Herrschenden - jede Art von Widerstand ist zwecklos - schon verinnerlicht haben"

Das „ Entsetzen " wird hier an der Begriffsinflation vieler Kommentatoren der Räumung von 1004 festgemacht, die angesichts der staatlichen Machtprotzerei ihre Gefühle mit Gedanken an My Lai, Santiago de Chile Mogadishu und Entebbe beschrieben haben.

Aus der Distanz heraus läßt sich eindeutig belegen, daß der gesamte Polizeiaufmarsch psychologisch kalkuliert war. Das Schüren der „ Es- hat-doch-alles-keinen-Zweck"-Stimmung soll uns zur freiwilligen Besinnung auf *„ rechtsstaatliche"* Formen des Widerstands verhelfen.

Es muß noch einmal festgehalten werden:

Grund für die 11-fache Abriegelung des Landkreises und für den ca. 17.000-köpfigen Polizeieinsatz war keine Großaktion der AKW-Gegner.Auch hat die Art unserer Aktion (weder praktischer Verhinderungsversuch, noch der Wille, den Platz zur Verhinderung der Tiefbohrung zu halten) den Eingriff der Staatsmacht nicht einmal sonderlich provoziert.

Die Räumung selbst wurde allein deshalb durchgeführt, weil andernfalls durch die Besetzung *„ eine unerträgliche Schädigung des Rechtsstaates "* (so Oberkreisdirektor Poggendorf in seiner Räumungsverfügung) befürchtet wurde und insbesondere in Lüchow-Dannenberg *„ das Rechtsgefühl der Bevölkerung zu versanden "* drohte(so der CDU/CSU-Pressedienst nach der Räumung).

Die Art und Weise der Räumung diente dann gleich dem höheren Ziel von Innenminister Möcklinghoff, *„das offenbar irritierte Rechtsbewußtsein der vornehmlich jungen Besetzer von Gorleben wieder an Normen zu orientieren, die für den Bestand unserer Demokratie unverzichtbar erscheinen."*(Neue Osnabrücker Zeitung, 5.6.)

Mit der Abriegelung des Landkreises und dem Vorzeigen nahezu aller verfügbaren staatlichen Gewaltmittel wurde eine Form von Gewalttätigkeit angewandt, die es von vornherein als aussichtslos erscheinen lassen soll, auch gegen die Interessen dieses Staates das Atomprogramm zu kippen. Deshalb auch äußerte Albrecht unmittelbar nach der Räumung die Hoffnung

„ daß sich Besetzungsaktionen wie in Gorleben nicht ständig wiederholen werden...Ich glaube also nicht, daß wir bei den kommenden Bohrarbeiten noch die gleichen großen Probleme haben werden, wie in der Vergangenheit. Vielleicht noch ein- bis zweimal, aber dann wird es geschafft sein. Die Kernenergiegegner, aber auch die professionellen Chaoten würden einsehen müssen, daß weiter gebohrt werden würde und später in einem Zeitraum von sieben bis acht Jahren auch ein Schacht abgeteuft werden müsse." (Neue Osnabrücker Zeitung,5.6.)

Der *„ Einsicht "* , auf Widerstand zu verzichten soll inzwischen bundesweit durch *„ gewaltlose "* Polizeieinsätze nach Gorlebener Muster nachgeholfen werden: sei es in der Auseinandersetzung um die Hausbesetzer von Freiburg, gegenüber Anti-Strauß-Demonstranten in Hamburg oder vermeindlichen Störern öffentlicher Vereidigungen. Ausschlaggebend ist für die Polizeieinsatzleitung jeweils die

„ taktische Überlegung, daß durch zahlenmäßige Überlegenheit der Einsatzkräfte die Anwendung von Brachialgewalt besser zu ' dosieren ' ist und der Abschreckungseffekt besser genutzt wird. " (so der Freiburger Polizeichef lt. Badische Zeitung vom 9.6.80)

Oder, wie es das " Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen, Die Polizei " als Maßregel für Polizeiführer umschreibt:

„ Sinnvolles und überzeugendes Verhalten, bisweilen auch Zeigen staatlicher Macht, kann beim Gegenüber Aggressionen erst gar nicht entstehen lassen und damit Gewalt verhindern. " („Polizei" , Juli ' 80)

Es geht der Polizei also um ein Konzept der totalen Übermacht (das bei uns Ohnmacht und Verzweiflung auslösen soll), durch das sie den Spielraum gewinnt, um mit betonter (ekelerregender) Freundlichkeit uns die freiwillige Aufgabe unseres Widerstandes abzuraten.

Allerdings soll bei „ richtiger Dosierung " der Polizeieinsätze eine Prise Brutalität und Härte erhalten bleiben, denn *" es kann durchaus sein, daß eine permanente , elegante' Erledigung von Einsätzen dazu führt, in der Bevölkerung das Gefühl einer begrenzten Durchsetzungskraft des Staates entstehen zu lassen, eventuell sogar als Folge davon eine gewisse Verunsicherung und begrenztes Vertrauen in die staatlichen Organe. "* (so Polizeichef Stümper aus Baden-Würtemberg, taz vom 22.8 80)

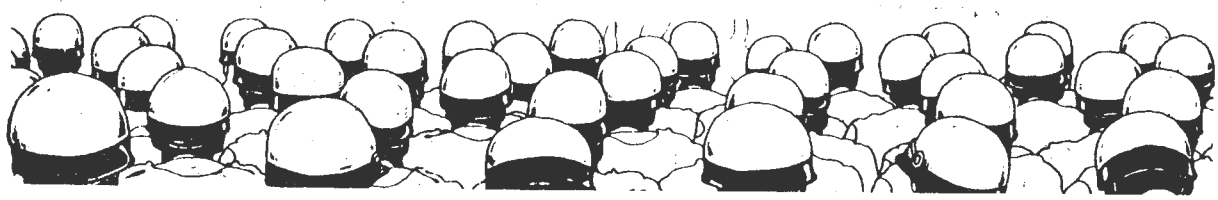
Unsere Freunde und Helfer wollen, daß wir - demoralisiert und eingeschüchtert - in unseren Köpfen jeden Gedanken an aktiven oder gar militanten Widerstand restlos auslöschen, um unseren Widerstand in Bahnen zu lenken, die fest in der Hand der herrschenden Kreise und damit ungefährlich sind: Parlamentsbeteiligung, Rechtsweg usw.

Dieser Gedankenwäsche müssen wir uns widersetzen! Niemals dürfen wir zulassen, daß die Verantwortlichen für Atomkraft und Atomkrieg maßgeblich unsere Widerstandsdiskussion bestimmen. **Wenn Polizei und Staat auch stark erscheinen mögen, allmächtig sind sie nich !**

In der polizeiinternen Auswertungsveranstaltung zur Räumung von 1004 schildert dies Polizeidirektor Schulze ohne Umschweife:

„ Bei der Räumung bestand die Gafahr, daß über eine Alarmkette, die vorbereitet war mit über 500 Telefonadressen aus der ganzen Bundesrepublik, von den Bürgerintiativen Leute herangeholt werden - wir hatten also das Gefühl, es kann der Fall eintreten, daß dort soviele Menschen erscheinen, daß wir da überhaupt nichts machen können. Denn es gibt genügend Gegner, es gibt in der Bundesrepublik inzwischen 1000 Bürgerinitiativen gegen diese Atomkraft; und ich muß ihnen sagen, daß mir bei diesem Gedanken einigermaßen unwohl war. "

Daß Polizeieinsätze wie gegen 1004 an einer Mobilisierung scheitern können, soll folgender Exkurs über die Ereignisse in Freiburg (Räumung des besetzten „Dreisameck" im Juli dieses Jahres) illustrieren. (Hierbei geht es uns ausdrücklich nicht darum, Freiburg mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg über einen Kamm scheren zu wollen.)



Freiburg-Gorleben Polizeistrategie gescheitert

Drei Tage nach der Räumung von 1004 wurden 1200 Polizeibeamte gegen ca. 800 Besetzer einer Häusergruppe („Dreisameck") eingesetzt, die zudem aufgrund *"großräumiger Absperrungen"* über Tage hinweg die Freiburger Innenstadt blockierten. Unter Bezugnahme auf die erfolgreiche *„gewaltlose"* Räumung von 1004 ging es der Polizei auch in Freiburg *„um die Verfolgung des taktischen Konzepts, durch Übermacht Handlungsspielraum zu gewinnen, um auf Aktionen der Besetzer besonnen reagieren zu können."* (Badische Zeitung, 9.6.) Die Besetzer wehrten sich lediglich mit Barrikaden bzw. Farbeiern und zogen sich schnell zurück. Am gleichen Abend (Sonntag) fand eine Kungebung und spontane Demonstration mit 3000 Teilnehmern gegen die Räumung statt.
Am Montagabend sammelten sich 10.000 zu einer Protestdemonstration und besetzten für die Nacht auf Dienstag die Innenstadt - das städtische Schauspiel-Ensemble und -Ballett gaben aus Solidarität Straßenaufführungen. Aus Wut über die Räumung und die massiven Polizeiaufmärsche kam es in dieser Nacht zu krawallartigen Auseinandersetzungen.

Aufgrund der unerwartet starken Gegenwehr begannen sich neben der FDP-Jugend und den Grünen auch die Freiburger SPD mit den Geräumten zu solidarisieren.Zahlreiche Bürger wandten sich in Leserbriefen gegen die staatliche Machtprotzerei.Im Rahmen einer 7000-köpfigen Demonstration konnte am Dienstagabend schließlich ein neuer leerstehender Häuserblock besetzt werden. **Die Polizeiübermacht bewirkte statt Einschüchterung das Gegenteil:** „ Ein solch hohen Grad an Mobilisierung wie ihn Freiburg nach der sonntäglichen Räumung des Dreisameck erlebt hat, hat die Polizei nicht erwartet. Der leitende Polizeidirektor Albert Meier sprach vor der Presse denn auch von der Schwierigkeit, die Lage richtig einzuschätzen...die **'Parole „Freiburg - Polizeiburg" machte dem örtlichen Polizeiführer sichtlich zu schaffen...Dabei will Maier gar nicht ausschließen, daß das massive Auftreten der Polizei durchaus zur Aufstockung des Protestpotentials beiträgt.** " (Badische Zeitung, 11.6.)

Neue Kasernen für Gorleben-Polizei

Nur wenige Tage nach dem bisher größten Polizeieinsatz der Nachkriegszeit gab der Samtgemeinderat Lüchow grünes Licht für den Bau der Polizeikaserne. Mit nur zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wurde die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Durch die Polizeikasernen würde u.a. die Wirtschaftsstruktur verbessert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ratsherr Dr. Schwarze (SPD) sah sogar in der relativ friedlichen (!!!) Räumung des Bohrplatzes 1004 neue Ansätze für ein besseres Verhältnis zwischen Demonstranten und Polizei. Die Polizei sei die Polizei aller Bürger, auch der Kernkraftgegner. (EJZ v. 7. 6.80)

Noch vor einem Jahr wurde beteuert, es gehe nicht um **„Gorleben-Polizei"**, sondern um einen Standort für die geplante 4. Bereitschaftspolizei, dafür hätten sich auch andere Städte beworben. Inzwischen ist deutlich geworden, daß eine Stationierung dieser Einheiten im verkehrsfrernen Lüchow nicht in Betracht kommt, und daß die geplante Unterkünfte für Polizeibeamte gedacht sind, die *„ auch zum Schutze der in Gorleben geplanten Anlagen"* eingesetzt werden sollen. So befürchtet Ratsherr Neddens, ebenso wie der Kreisverband der Grünen, daß die Zustimmung zum Kasernenbau eine Vorleistung für weitere „Gorleben-Projekte" sei.

Ungeachtet dieser Tatsachen stützen sich viele Einsprüche nur auf den Standort der Polizeikaserne neben der Grundschule. Es wird befürchtet, daß durch den Lärm, besonders der Hubschrauber, der Unterricht gestört wird und die Kinder nicht mehr sicher die Straße überqueren können.

In den Kasernen sollen „im **Bedarfsfall**" bis zu 700 Polizeibeamte stationiert werden. Bei einem Besuch in Dannenberg am 25. 7.80 erklärte der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff vor Polizeibeamten und Feuerwehrmännern, daß die Polizeikasernen trotz Ebbe in der Landeskasse und eines weitreichenden Baustopps finanziert und beschleunigt errichtet werden sollen. Den Grund lieferte er auch gleich dafür: Er äußerte die Hoffnung, daß der „organisierte Widerstand" gegen die Errichtung atomarer Anlagen im Landkreis Lüchow-Dannenberg nachläßt.

LESER SAGEN IHRE MEINUNG

Baugenehmigung für Polizeikasernen

Bei seinem Besuch am 24. 7. 1980 in Dannenberg kündigte Herr Minister Dr. Möcklinghoff an, daß die Lüchower Kasernen beschleunigt errichtet werden (EJZ am 26. 7. '80). Demnach kennt der Herr Minister bereits die zu erwartenden Einsprüche gegen den Bau der Kasernen, hat sie bearbeitet (oder bearbeiten lassen) und sie abgelehnt. Die möglichen Gerichtsurteile sind auch schon gefällt, bevor die Anklagen überhaupt erhoben wurden. Natürlich wurden sie abgewiesen. Wie wäre der Ausspruch des Herrn Innenministers von Niedersachsen sonst zu verstehen?

Zu fragen wäre auch, was Herr Dr. Möcklinghoff meinte, als er ausführte, „daß wir in diesem Kreis mit vielen Leuten zu tun haben, die keine Kriminellen sind, die nur Protest anmelden, aber dennoch eine Art von Gewalt ausüben." Merkt der Herr Minister nicht, wie entlarvend derartige sprachliche Äußerungen sind? Heißt das nicht, daß derjenige, der sich verzweifelt gegen die Übermacht von Staat und Industrie wehrt, damit die Umwelt nicht gedankenlos zerstört wird, und der damit auch um sein eigenes Überleben kämpft, an den Rand der Kriminalität gedrängt wird? Auch die Formulierung: „organisierter Widerstand gegen die Errichtung atomarer Anlagen" rückt die Umweltschützer verbal in die Nähe terroristischer Gruppen. Aber derartige Anschauungen sind nicht neu. So wird ja auch der Einsatz von Schlagstöcken gegen wehrlose Menschen begründet. Passiver Widerstand „wie z. B .sich Anklammern oder Bilden von Ketten u. ä. (sind) als Akte des gewaltsamen Widerstandes im Sinne der Verordnung wie auch nach § 113 StGB anzusehen" erläuterte Herr Polizeihauptkommissar Meyer, dessen oberster Dienstherr Herr Möcklinghoff ist (EJZ am 19, 7. 1980), Diese Interpretation dürfte rechtlich allerdings fraglich sein.

Aber zurück zu dem Herrn Innenminister. Es klingt geradezu naiv, wenn er für den Mangel an Polizeinachwuchs die Lehrer verantwortlich macht. Wieviele Unterrichtsstunden hat der Herr Minister besucht, um so sicher behaupten zu können, daß „in den Schulen nur von ‚Bullen' gesprochen wird"? Der Verdacht liegt nahe, daß hier Sündenböcke für eine verfehlte Politik herbeigewünscht und dingfest gemacht werden. Erscheint die Standortbenennung für die Polizeikasernen neben der Lüchower Grundschule durch die Kommunalpolitiker noch wie ein Schildbürgerstreich, so werfen die Äußerungen des Niedersächsischen Innenministers weit ernstere Fragen auf: Wäre es nicht sinnvoller, dem Rechtsbewußtsein der irregeleiteten Bundesbürger dadurch eine Stütze zu geben, indem man das demokratische Mäntelchen mal nicht nach dem Wind hinge, sondern es ganz einfach fallen ließe? Die lästigen Bürgerbeteiligungen, Wahlen und ähnliche kostenaufwendigen „demokratischen Spielereien" könnte man sich dann ersparen. Der Bürger wüßte genau, woran er mit einem „Rechts-Staat" wäre, und das ersparte Geld könnte man obendrein auch noch der Atomindustrie zur Verfügung stellen. Und daraus ergibt sich folgende Frage: Wo sind eigentlich die Grenzen der „kämpferischen Demokratie" nach Ansicht dieses und anderer Herren?

Inge Mombauer, Lüchow

EJZ 13. 8.

...Jumpeidi und Jumpeida - Hausdurchsuchung...

Die Polizei und der Bundesgrenzschutz treten immer massiver auf. Hat der Versuch, die Bevölkerung durch den „größten Polizeieinsatz der Nachkriegszeit" mit ca. 17000 Beamten, Hubschraubern, Hunde- und Reiterstaffeln einzuschüchtern, nicht gewirkt, versuchen sie es jetzt mit anderen Mitteln.

Am 8.8.80 legte die BI Lüchow-Dannenberg bei einer Pressekonferenz das Tonbandprotokoll einer Ausbildungsveranstaltung der Polizei nach der Räumung von 1004 vor. Das Tonband war dem 2. Vorsitzenden der BI, Wolf Römmig, zugespielt worden. Ein Polizeibeamter, der bei der Ausbildungsveranstaltung anwesend war, bezeugte vor einem Notar die Echtheit der Tonbandmitschrift.

Die Veröffentlichung der Tonbandmitschrift war der Anlaß für die Staatsanwaltschaft und die Polizei, das Tonband in Römmigs Anwaltskanzlei, dem Büro des Notars und in Römmigs Zweitwohnung zu suchen.

Sie erhofften sich von dem Tonband Hinweise auf die Polizeibeamten, die die Ausbildungsveranstaltung aufgenommen hatten. Die Befürchtung, daß weitere Polizeibeamte „überlaufen", war so groß, daß sie widerrechtlich in Römmigs Zweitwohnung einstiegen und 6–8 Tonbänder mitnahmen. Eine Mitbewohnerin, die das Haus völlig verwüstet vorfand, erstattete daraufhin Anzeige wegen Einbruchs.

Während der Durchsuchungen im Notariat und in der Anwaltskanzlei kontrollierte die Polizei auch die Akten und hörte Tonbänder ab, auf denen Mandantenbriefe und Schriftstücke diktiert waren. Dadurch wurde nicht nur das Berufsgeheimnis, das den Anwälten verbietet, Informationen von den Mandanten weiterzugeben, ignoriert, sondern auch die Berufsfreiheit des Anwalts und des Notars verletzt.

Nur wenige Tage später folgte eine weitere Hausdurchsuchung und die Durchsuchung des BI-Büros. Während einer Demonstration am 18.8. gegen die Tiefbohrungen wurde ein Polizeispitzel unter den Demonstranten entdeckt und fotografiert. Das Porträt wurde vergrößert und mit einem Hinweis auf die Tätigkeit des Kripobeamten, der Anzeige wegen Verstoßes gegen das Kunsturheberrechtsgesetz erstattet hatte, versehen. Sämtliche im BI-Büro vorhandenen Plakate wurden beschlagnahmt. Die Ferienwohnung des vermeintlichen Fotografen wurde ebenfalls durchsucht. Die bewaffneten Polizeibeamten durchsuchten aber nicht nur seine Wohnung, sondern das gesamte Haus. Dabei hielten sie es nicht für notwendig, der anwesenden Hausbesitzerin den Durchsuchungsbefehl zu zeigen. Beschlagnahmt wurden ein unentwickelter Film, ein erst teilweise belichteter Film und 23 Blätter unbeschriebenes Umweltschutzpapier.
Laut Anordnung sollten nur „Beweismittel" beschlagnahmt werden, aber wie will die Polizei das Foto z.B. auf dem unbeschriebenen Umweltschutzpapier finden ???

LESER SAGEN IHRE MEINUNG

Wieder Hausdurchsuchung

Wäre der Vorgang nicht so bedrückend und beängstigend ernst gewesen, und zeigte er nicht die ganze Brutalität staatlicher Machtdemonstration und die deprimierende Primitivität polizeistaatlicher Gewaltanwendung, man könnte meinen, es sei eine Schmierenkomödie billigster Machart, kitschigster Abklatsch von Heinrich Bölls „Katharina Blum", nicht würdig der Sprache des einst so gerühmten Volkes der Dichter und Denker: Da will am 22. August ein Urlauber von dem Haus seiner Freunde, in dem er seinen Urlaub verbringt, aus wegfahren. An der ersten Kreuzung sieht er einen Pkw, der offensichtlich dort schon gewartet hat und von dessen Insassen er denkt, daß sie der Polizei angehören könnten. Kaum hat er diese Vermutung ausgesprochen, setzt sich das Auto in Bewegung und überholt sein eigenes. Er wird gestoppt und aufgefordert, zu dem Haus seiner Freunde zurückzufahren, da gegen ihn ein richterlicher Hausdurchsuchungsbefehl vorläge. Als Grund dafür wird genannt, er stehe in dem Verdacht, einen Kriminalpolizisten während einer (selbstverständlich friedlichen) Demonstration fotografiert zu haben und das Foto mit einem entsprechenden Hinweis auf die Tätigkeit des Mannes verbreitet zu haben. Die amtliche Formulierung lautet: „Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz" (?!?).

Als die Besitzerin des Hauses den Einsatzleiter nach der Rechtsgrundlage für sein Eindringen in ihr Haus, obwohl ihr selber nichts vorgeworfen wird, fragt, wird sie mit dem lapidaren Hinweis auf das richterliche Schreiben abgespeist, und die Polizei beginnt ohne weitere Erklärung, ohne Vorlage eines Gesetzestextes, das zu tun, was sie für rechtmäßig hält, nämlich den von dem Feriengast und seiner Frau benutzten Raum zu durchsuchen, wobei auch Schränke der Hausbesitzer ungeniert durchwühlt werden.

Die Szene ist gespenstisch, beängstigend und unwirklich zugleich: fünf mit Pistolen bewaffnete Kriminalpolizisten (darunter auch eine Frau, die ihre Waffe nur mühsam unter ihrem Pullover verbergen kann) suchen ein Negativ! Daneben steht ein Angehöriger der Gemeindeverwaltung als Zeuge, und vor dem Haus sitzen noch einmal vier ebenfalls bewaffnete Polizisten in Uniform im Auto! Die Suche hat Erfolg: Beschlagnahmt wird u. a. ein unentwickelter Film (auf dem das Bild schwerlich sein kann) und ein erst teilweise belichteter Film in der Kamera (auf dem das Bild schon erst recht nicht sein kann). Auch 23 (genau gezählt!) Blätter Umweltschutzpapier, bedruckt mit Blumen — Symbole des Friedens und der Gewaltlosigkeit, der Freude und Hoffnung —, aber unbeschrieben, werden eingesteckt (hier nun kann das Foto ja weiß Gott nicht sein)!

In dem nun angefertigten Protokoll darf der Betroffene unterschreiben, ob er mit der Durchsuchung einverstanden ist oder nicht (es heißt „ist" und nicht „war") und ob er mit der Beschlagnahme einverstanden ist oder nicht — er wird aber gleich aufgeklärt, daß dies alles auf den Hergang keinerlei Einfluß habe! Der Protokollant erlaubt sich übrigens die Frechheit „den Film des X." zu schreiben und bequemt sich erst nach Protest des Betroffenen zu dem „Film des Herrn X.".

Dies ist die — leider reale — Persiflage unseres demokratischen Rechtsstaates, heraufbeschworen und mitverantwortet von den Politikern, auch und insbesondere den hiesigen Kommunalpolitikern, die offensichtlich meinen, der Verlust von Freiheit und Rechtssicherheit sei ein angemessener Preis für ein paar Arbeitsplätze und ein ungebrochenes Wirtschaftswachstum, das uns — für wie lange eigentlich noch? — Wohlstand auf Kosten anderer und unserer Kinder und Kindeskinder ermöglichen soll!

Abschließend eine Frage an die beteiligten Kriminalpolizisten: Glauben Sie, daß die Kinder, von deren Anwesenheit unbeeindruckt Sie ihre massiven Aktionen durchführten, jemals noch ein ungestörtes Verhältnis zur Polizei haben können? — Guten Tag, Atomstaat!

Dr. Uwe Neumann, Künsche

EIZ. 26.8.80

Widerstandsdiskussion nach 1004

DISKUSSIONSBEITRAG AUS DEM ATOMEXPRESS (gekürzt):

.....TROTZ ALLEM - WEITER WIE BISHER

Das allerschlimmste bei der Räumung und völlig unbegreiflich war für mich das Verhalten von vielen der eigenen Leute. Sie kamen, vor zehn Minuten gerade abgeräumt, singend und tanzend hinter die Absperrungen gelaufen, die Freude über die „tolle Aktion" im Gesicht. Empörung, Enttäuschung, Wut? Vielen ist nichts davon anzumerken; stattdessen Erleichterung, daß alles so gut, so gewaltfrei von unserer Seite abgelaufen ist. Für einige ist die Form des Widerstandes - die absolute Passivität - das einzig wichtige gewesen, nicht etwa Ziele und Sinn der Besetzung.
Natürlich wäre eine militante Verteidigung des Platzes nicht sinnvoll und angesichts der Polizeiübermacht auch nicht machbar gewesen; aber sie, die Gewaltfreien, haben auch noch jeden Ansatz von Empörung und Wut erstickt, wenn es sein mußte, mit Gewalt. Niemals, niemals darf deren Konzept, das des ultrapassiven, ohnmächtigmachenden und erniedrigenden Sich-um-keinen-Preis-Wehrens, **die** Widerstandsform der Zukunft werden!
Spätestens seitdem war mir klar, daß es keine Großdemonstration am nächsten Wochenende geben würde. Eine solche Aktion wäre die politisch angemessenste und zudem noch natürlichste Antwort gewesen, die wir hätten geben können.
Ich glaube nicht, daß der erneute, unmittelbare Versuch einer Platzbesetzung die Bevölkerung verschreckt, bzw. den Widerstand im Landkreis zurückgeworfen hätte, im Gegenteil; ich kann mir vorstellen, daß eine große Gelegenheit verpaßt wurde, die Wir-können-ja-doch-nichts-machen-Stimmung wegzuwischen, bei uns und bei vielen Leuten aus Lüchow-Dannenberg.
Nun, die Demo hat nicht stattgefunden und allzu großes Lamentieren darüber hat keinen Zweck. Jetzt ist es jedenfalls zu spät!

Die Fäden des Widerstandes in Gorleben müssen neuaufgenommen werden, natürlich auch da, wo sie durch die Räumung abgerissen wurden! Die inhaltliche Vorbereitung eines (hoffentlich) großen Hearings über die Zwischen- und Endlagerung wäre ein solcher Ansatzpunkt, die Propagierung der jetzt ja wohl endgültigen Untauglichkeit des Salzstockes ein anderer, die Widereufnahme von Sabotage- und Behinderungsaktionen gegen das hydro-geologische Bohrprogramm ein dritter. Und auch die Trebeler Treffen müssen wider stattfinden:
Und sonst? Ich muß zugeben, daß ich mich bei den antifaschistischen Demonstrationen, bei denen ich in letzter Zeit war, besser gefühlt habe als bei Anti-AKW-Aktionen. Einmal deshalb, weil die Ziele ganz klar formuliert, wenn natürlich auch kleiner gesteckt, waren.

Zum anderen hatte ich bei diesen Kundgebungen den Eindruck, daß offen gesagt werden konnte, wie und warum z.B. Faschismus entsteht, was es mit Kapitalismus und Imperialismus auf sich hat usw. Beides war bei den AKW-Aktionen der letzten Zeit - von Bonn bis Gorleben - nicht da, weder das Gefühl, einen konkreten, nachvollziehbaren Schritt weitergekommen zu sein, noch das Gefühl, den Teufel beim Namen nennen zu können, ja dürfen. Im Gegenteil, wir haben Positionen aufgegeben, sind zurückgewichen und haben zunehmend Schwierigkeiten, unsere Meinung zu artikulieren (mit „wir" meine ich in diesem Fall diejenigen AKW-Gegner, die sich über eine umwelt- und menschengerechte Energieproduktion hinaus auch noch gesellschaftliche Umwälzungen in anderen Bereichen vorstellen, Linke meinetwegen, oder Sozialisten). So sind Atomanlagen ja nicht nur gefährlich, überflüssig, teuer usw. sondern auch ein - wenngleich besonders perverses - Ergebnis kapitalistischen Profitdenkens. Das z.B. laut zu sagen, und wenn noch so viele Bauern zuhören, finde ich wichtig und sich darüber auseinanderzusetzen, auch und gerade mit konservativen AKW-Gegnern ist notwendig. Wir wollen doch nicht nur ein Kampfbündnis, so breit wie möglich und nur mit einem kleinen gemeinsamen Nenner und alles andere bleibt außen vor, sondern wir müssen auch versuchen, den „bürgerlichen" Mitkämpfern unsere Vorstellungen zu vermitteln und sie zu uns herüberzuziehen - nicht umgekehrt!
Wie soll es konkret weitergehn, über das oben gesagte hinaus? Was kann überhaupt qualitativ anders laufen als bisher? Die vielbeschworenen Strukturen innerhalb der Bewegung müssen verbessert werden, ganz klar, aber den entscheidenden Durchbruch wird das nicht mit sich bringen.
Genauso wichtig wie grundsätzlich andere Arbeitsformen - nämlich autonome und mehr oder weniger basisdemokratische - können wir uns neuartige Widerstandskonzepte aus dem Hut zaubern. Ich sehe weder, daß das Ende von militanten Großaktionen gekommen ist, wie viele unken, noch daß uns der Weg vor die Gerichte und auf die Erörterungstermine für immer verbaut ist, wie andere meinen, im Gegenteil: nach wie vor haben wir nur durch das Wechselspiel von allen denkbaren Aktionsformen Aussichten, das Atomprogramm zu kippen, vorausgesetzt, wir sind und bleiben viele und lernen, uns gegenseitig zu vertrauen und mehr zu akzeptieren. Nicht jeder muß jede Aktion gutfinden, jeder muß jede Aktion kritisieren dürfen, aber keiner von uns ist ein Provokateur oder Kollaborateur!
Die Zwischenlager müssen bekämpft werden und überall da, wo es möglich erscheint, auch verhindert, in Gorleben, Ahaus und Würgassen! Der Stromzahlungsboykott muß weiter ausgedehnt werden! Gegen den drohenden Weiterbau in Brokdorf müssen wir angehen, so massiv und entschlossen und zahlreich wie irgendmöglich. Brunsbüttel müssen wir endgültig dichtmachen! Die WAA-Pläne in Nordhessen müssen wir zunichte machen. Öffentlichkeitsarbeit müssen wir auch machen und und und.
Es gibt also viel zu tun, sogar mehr denn je! Packen wir **sie** an!
Sie - das sind die Energiemultis, die großen Kapitalisten, die allesamt ihre dreckigen Pfoten im Atomgeschäft haben, ihre Vertreter, Lakaien und Symphatisanten in Regierungen, Parlamenten, Parteien, Justiz, Verwaltung und Polizei, die gekauften Wissenschaftler, die Atompropagandisten und Kriegshetzer in den Redaktionsstuben, die Landräuber und potentiellen Massenmörder. Sie - das ist die Atom-Mafia!
Wir - das sind dieses Mal wir alle, AKW-Gegner sämtlicher Schattierungen, militante und gewaltfreie, Grüne, Bunte und Autonome, AKU-Kollegen und Graswurzeler, die Genossen aus den politischen Organisationen und undogmatische Bürgerinitiativler, eben alle, die ein besseres Leben haben wollen. Jeder für sich und alle zusammen! Weg mit dem Atomprogramm!

R.P.

„Einer ist immer der Dumme – die Polizei!"

. . . seufzte einer der Polizisten in der äußeren Absperrungskette bei der Räumung des Dorfes 1004.

Er hat nur teilweise recht. Die Polizei merkt es nur am eigenen Leib: Unser Gemeinwesen — unser Staat, unsere Gesellschaft — gerät durch die zunehmende Polarisierung in eine bedrohliche Krise.

Wie können wir diese Krise bestehen?
Indem wir versuchen, einander zu verstehen, statt uns zu verdächtigen.

Es ist wahr: Viele der jungen Demonstranten auf 1004 wollten nicht nur gegen die Atompolitik im Landkreis protestieren. Sind sie deswegen schon Staatsfeinde?

Fragen wir doch unsere jungen Menschen, fragen wir doch unsere Söhne und Töchter: Warum seid Ihr gegen die Atomenergie? Was gefällt Euch an unserem Staat nicht? Soliten wir das Gespräch mit ihnen nicht suchen, wird sich ein immer größerer Teil der Jugend unserem Staat verweigern. Wir haben dann zwar einen beispiellosen Wohlstand, aber unsere Jugend verfällt der Resignation.

Wir, DIE GRÜNEN, nehmen dieses Gespräch sehr ernst.

Das bewundernswert disziplinierte Verhalten der Demonstranten auf 1004 im Angesicht eines übertrieben massiven und harten Einsatzes der Polizei ist kein Zufall oder gar Glücksfall gewesen.

Wir danken den vielen, vielen älteren Bürgern, die nicht nur mit den jungen Menschen geistig gerungen, sondern auch gemeinsam mit ihnen die äußerste Form des in einer Demokratie möglichen Widerstandes gewagt haben.

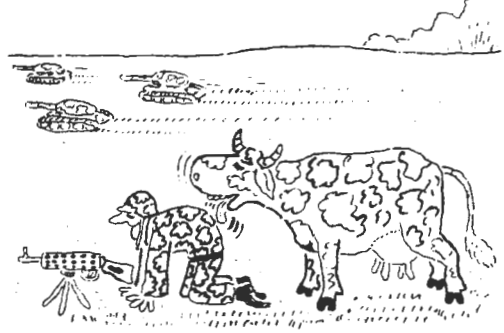
Wir danken den Pastoren, die unermüdlich für eine Verständigung gearbeitet haben.

Das Ende des Dorfes 1004 zeigt, daß seitens der Atomkraftgegner Konflikte friedlich ausgetragen werden können.

Die Grünen

Kreisverband Lüchow-Dannenberg

EJZ 08.06.80



„Reibungslos verliefen die Aktionen gegen das nukleare Entsorgungszentrum Gorleben, Wendland. Zu kleinen Übergriffen kam es lediglich von seiten der Umweltschützer."

Beiträge aus der GORLEBEN-AKTUELL Redaktion

ES HANDELT SICH BEI DEN FOLGENDEN STELLUNGNAHMEN UM PERSÖNLICHE BEITRÄGE EINZELNER REDAKTIONS-MITGLIEDER (DIE SICH - AM RANDE VERMERKT - UNTEREINANDER ABSOLUT NICHT „SPINNEFEIND" SIND).

DER MENSCH KANN MEHR ALS NUR KNÜPPELN

Ach, wären wir doch alle hoch erhobenen Hauptes vom Platz gegangen, mit verächtlichem Blick auf die armseligen toten Gestalten, deren Handlungsspielraum sich in wenigen aggressiven Gesten erschöpft....!

Nach der Räumung habe ich viele Stellungnahmen zum Verhalten der Demonstranten gelesen und auch gehört. Mit der Zeit verstärkte sich bei mir das Gefühl, daß in vielen Bewertungen eine ziemliche Schwarz-Weiß-Malerei betrieben wird: Da waren auf der einen Seite diejenigen, bei denen man fast den Eindruck hatte, für sie war es nichts anderes als ein Gesellschaftsspiel mit der Polizei gewesen, bei dem sie froh waren, daß die Regeln so schön eingehalten wurden und welches sie gern mal wieder bei anderem Anlaß wiederholen würden (s. die Grünen-Anzeige!). Da hatte man manchmal das Gefühl, Dankbarkeit herauszuhören für die Polizisten, die so nett mitgemacht hatten. Andererseits sind aber speziell diese Extreme Anlaß für die andere Seite, die Gewaltfreiheit als Kampfprinzip in Frage zu stellen und den Gewaltfreien zu unterstellen,sie hätten die eigentlichen Ziele unserer Bewegung aus dem Auge verloren. Auch die oft angeführten Argumente, man habe sich erniedrigt gefühlt und empfand diese Form der Auseinandersetzung als Einschränkung seiner selbst und als Entgegenkommen gegenüber dem Staat kann ich aus meiner Position nicht nachvollziehen.

Gut,wir sind uns wohl fast alle einig, daß es bei dieser Aktion das Vernünftigste war, sich gewaltfrei abräumen zu lassen. Doch für mich war es mehr als nur ein Weg, der uns angesichts der staatlichen Übermacht mehr oder weniger aufgedrängt wurde. Ich habe mich auch nicht unentwegt erniedrigt gefühlt, Angst war natürlich da, aber die lag kaum in unserer Aktionsform begründet. Mehr noch beherrschte mich aber eine andere Empfindung: wir sind stark, wir haben nicht nur Fäuste zum Knüppeln, wir haben auch Empfindungen und wir haben genug Köpfchen, uns Wege auszudenken, die anders und unerwarteter treffen, als die Faust das Gesicht. Die Räumung in Gorleben war erst ein erster Versuch in diese Richtung und wurde zudem noch im nachhinein von öffentlicher Seite so bewertet, daß man zeitweise selbst nicht mehr so genau wußte, ob der Weg von uns gewählt oder von der Polizei vorgeschlagen worden war. Doch dies sollte uns nicht entmutigen, wie hätten sie anders reagieren sollen; schließlich hätten sie unmöglich zugeben können, daß ihnen Gewalt von unserer Seite lieber gewesen wäre.

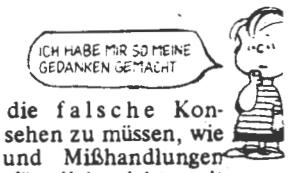
Außer den eben angeführten Gründen für zukünftige gewaltfreie Auseinandersetzungen hält mich noch ein für mich grundsätzlicher Widerspruch davon ab, vorsätzlich gewaltsam gegen Menschen vorzugehen, und seien es auch noch so gehaßte Handlanger des gehaßten Staates: Ich kann nicht gegen eine Staatsform, eine Ideologie und deren ausführende Organe kämpfen, indem ich für kurze Zeit mal ihre so verachteten Mittel übernehme. Wie weit bin ich dann noch davon entfernt, wenn ich, nach erfolgreichem Kampf, meine als richtig empfundene Ideologie weiter verbreiten will, mich weiter auf diese Kampfmittel zu besinnen ??

Ich will und kann kein Dogma aus dieser Einstellung machen,hoffe vielmehr, daß Toleranz und Interesse an von möglichst vielen getragenen Aktionen vorherrschen und wir zunächst nicht vergessen, daß wir trotz unterschiedlicher Auffassungen vom Kampf an erste Stelle unsere lebenswichtige Aufgabe stellen sollten: das Atomprogramm zu verhindern!

B./GORLEBEN AKTUELL-Redaktion

★**Anmerkung:**
Dieser Satz ist so, wie er im Anti-AKW-Telegramm abgedruckt ist, frauenfeindlich, weil er impliziert, daß jede Frau die Möglichkeit hat, sich vor einer Vergewaltigung zu schützen, wenn sie nur Selbstverteidigung übt, und demzufolge eine Mitschuld an der Vergewaltigung trägt, wenn sie dies unterläßt.

DANKE B.,



daß du uns so konsequent und deutlich die falsche Konsequenz aus 1004 vorträgst. Ohnmächtig sehen zu müssen, wie die Staatsmacht mit Knüppelorgien und Mißhandlungen gegen wehrlose Menschen vorgeht, hat für dich nichts mit *„ Einschränkung "* und *„ Erniedrigung "* zu tun, sondern hat bei dir im Gegnteil das Empfinden der *„ Stärke "* hervorgerufen, ja wird von dir sogar als *„ erster Versuch "* propagiert, die Atommafia *„ anders und unerwartet treffen "* zu können. Die Hamburger Zeitung „ Anti-Akw-Telegramm " bezeichnet es zu Recht als eine Katastrophe, wenn die Teilnehmer von 1004 *„gerade ihre Wehrlosigkeit und Passivität als Stärke begreifen und als moralischen Sieg feiern und propagieren."* Dort wird zur Illustration der folgende überspitzte (und zum Teil auch falsche - siehe Anmerkung) Vergleich gezogen:

„ So käme doch niemand auf den Gedanken, von einem moralischen Sieg zu sprechen, wenn eine Frau sich bei einer Vergewaltigung nicht körperlich wehrt, wenn es offenkundig ist, daß der Mann jeden Widerstandsversuch brechen kann. Es stand in der Courage, daß Frauen in dieser Situation lieber still gehalten haben, um die Situation nicht weiter zu eskalieren. Vielleicht hatten einige Frauen in dieser Situation keine andere Wahl. Aber was kommt danach? Versuchen sie,Selbstverteidigung zu lernen, um sich zu schützen, oder lassen sie sich auch in Zukunft weiter vergewaltigen, in der Hoffnung, daß die Empörung in der Öffentlichkeit die Männer zum Einhalten bringt ?★Dies ist nur die besonders krasse Form eines Problems, mit dem jeder konfrontiert wird: jemand hat die Macht über mich, ohne daß ich in diesem Augenblick in der Lage bin, mich zu wehren. Dieser seelische Schmerz der Demütigung, Ohnmacht, Wehrlosigkeit kann schlimmer sein, als körperliche Schmerzen durch Prügel, Schwierigkeiten beim Rausschmiß aus Wohnung und Betrieb. Und es erscheint zynisch, daß gerade die Opferhaltung, sich gegenüber dem Feind nackt zu machen, andere Menschen mutiger machen soll, ihrem Chef oder Vermieter gegenüber mehr Selbstbewußtsein, Widerstandswillen und Risikobereitschaft zu zeigen. Wir bräuchten nichts darüber schreiben, wenn es nicht die Regel (?? - Anm. M.) wäre, daß Menschen nur zähneknirschend feststellen, daß sie geschädigt werden, sondern daß sie sich sogar mit ihrer Rolle des Gedemütigten identifizieren. Es gibt unendlich viele Gelegenheiten, Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen für den Preis der Selbstachtung und Opferhaltung."
Falls sich die Haltung von B. in der AKW-Bewegung durchsetzt, wäre es in der Tat mittels der Räumung von 1004 **„ dem Staat nicht nur gelungen, uns mit seinen Knüppeln und Maschinenpistolen Gewalt anzutun, sondern auch die Köpfe, das Denken, Fühlen und Wollen der Menschen zu beherrschen."** (Anti-AKW-Telegramm Nr. 22)

Zu Punkt Zwei (*„ Ich kann nicht gegen eine Staatsform, eine Ideologie und deren ausführende Organe kämpfen, indem ich für kurze Zeit mal ihre so verachtete Mittel übernehme.")* :
Ich glaube, du gehst mit der Position *„Gewaltfreiheit als Kampfprinzip "* der Ideologie der staatlichen Gewalttäter voll auf dem Leim, die nichts so tabuisiert und verteufelt, wie Widerstand und Gegengewalt von unten,von den Betroffenen. Hierzulande gilt noch immer ein Filbinger mehr, als ein antifaschistischer Widerstandskämpfer. Was ist eine güllebeschmierte Uniform im Verhältnis zur ewigen Verseuchung des Gorlebener Salzstocks, in welchem Verhältnis stehen die „Steine von Bremen" zur drohenden Gefahr eines Atomkriegs? Handelte nicht Lilo Wollny von den , Gorlebenfrauen' im Sinne der Gewalt - Freiheit, als sie (als einzige während der Räumung) einen Bullen mutig am knüppeln zu hindern suchte?(siehe 2001-Buch, Seite 219) Klaro - nach „ Bremen" wurde die Bevölkerung aufgehetzt - die Massenmedien tobten. Aber die herrschenden Medien sind die Medien der Herrschenden. Immer, wenn wir Teilerfolge errangen (z. Beispiel in Brokdorf und Grohnde) haben sie gegeifert und gehetzt.

Wenn wir unseren Widerstand auf das beschränken, was die Massenmedien und damit leider auch das Gros der Bevölkerung gut finden, haben wir schon jetzt verloren.

Wir dürfen nicht vergessen, daß auch so sinnvolle Aktionen wie der Hannover-Treck und die 1004-Besetzung den Zeitplan der Betreiber noch nicht gefährdet haben.

Deinem letzten Absatz möchte ich beipflichten.

Tschüß, bis demnächst

M./G.A.- Redaktion

Radio-Aktivität gegen Radioaktivität

Toll, heute, Samstag,
gibt es wieder
Radio Wendland
19.00 Uhr, UKW,
101 Megahertz.
Monika Herr, Prezelle

„Det war dufte"
Bravo, Radio freies Wendland!
2 Berliner aus Gusborn

Wir finden es auch schlimm, daß
„Radio Wendland"
gezwungen ist, „schwarz" zu senden, denn heute abend um 19.00 Uhr sitzen wir wieder vor der Tür und hören UKW, Kanal 101 MHZ.
Elke und Jörg Janning
aus Tobringen

„So sing doch Vogel sing, daß Gorleben lebt....."
„Guten Abend, hier ist, wie jeden Sonnabend um 19 Uhr, Radio Freies Wendland auf 101 Mhz....."

So tönt es jeden Sonnabend um 19 Uhr aus den Radios im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Auf UKW 101 mhz sendet wieder Radio Freis Wendland (RFW).

Seit der Platzbesetzung von 1004 ist der Wendensender aktiv und er hat auch gleich nach der großen Live-Sendung von der Räumung des besetzten Platzes seine Sendetätigkeit wieder aufgenommen. Jeden Sonnabend für zehn Minuten gehen die aktuellen Ereignisse aus der Region über den Äther. Da gibt es Berichte zum Zwischenlager, zu den Gorleben-Prozessen, zur geplanten 700-Mann-Polizeikaserne in Lüchow und Übergriffe der Atompolizei.

Die Bewohner des Landkreises kommen direkt zu Wort. RFW sendet Interviews mit den Angeklagten in den Gorleben-Prozessen, befragt Arbeitslose im Arbeitsamt, ob sie im Zwischenlager arbeiten würden, redet mit Feriengästen in Gartow, ob sie im Landkreis auch weiterhin ihren Urlaub verbringen werden, wenn hier die Atomanlagen stehen. Lüchower Geschäftsleute nehmen Stellung zu der Frage, ob der Bau von Polizeikasernen sich positiv auf ihre Geschäfte auswirkt.

In den Interviews mit den direkt Betroffenen entlarven sich die von den Kreispolitikern angeführten Argumente für die Notwendigkeit von Atomanlagen im Landkreis, wie Schaffung von Arbeitsplätzen, weiterhin möglicher Fremdenverkehr, Stärkung der Wirtschaftskraft usw. als pure Lügen!!

RFW versucht sein Ohr überall zu haben: da wird dann auch von internen Feiern der Betreiber anläßlich einer neuen Betriebsgründung gesprochen: wo ein Betreiber-Sprecher in vorgerückter Stunde nach etlichen Glas Sekt meint, „daß er dem Landkreis die paar Schreier, die keine Atomanlagen im Landkreis haben wollen, auch noch vom Halse schaffen werde...". Da wird aufgedeckt, daß bereits vor einem Jahr die Eisenbahnstrecke Uelzen-Dannenberg mit hochbelastbaren Betonschwellen versehen wurde und Probefahrten mit französichen Spezialwaggons (vermutlich aus La Hague!) durchgeführt wurden. Wozu wohl? Für Atommülltransporte! Und der Rangierbahnhof Gedelitz ist auch schon in Planung!

Neben diesen Informationen bringt RFW Hinweise zu Veranstaltungen der kommenden Woche und auch eine Klatsch- und Tratschecke: „...da hat doch tatsächlich ein Kommunalpolitiker aus Gartow bei einer von der DWK durchgeführten Überzeugungsreise in La Hague seine Hose verloren..." Daß das Programm von RFW der Atompolizei ein Dorn im Auge ist, konnte man in den vergangenen Wochen im Landkreis hautnah erleben. Da wird mit einem riesigen personellen und technischem Aufwand versucht, den Übertragungswagen von RFW zu finden. Jeden Sonnabend sind mehrere Peilwagen, bis zu drei Hubschraubern, ein ganzer Polizeiverband bei Fuß unterstützt von MEK-Leuten unterwegs um den Sender auszuheben. Wenn der Peilwagen ein Sendesignal geortet hat, wird der ganze Trupp in Bewegung gesetzt und da kann es Waldspaziergängern und Pilzesammlern durchaus passieren, daß sie mit Blaulicht verfolgt und vorläufig festgehalten werden. Ein ganzer Hof wird ohne Hausdurchsuchungsbefehl gefilzt; Leute werden mit zur erkennungsdienstlichen Behandlung zur Kripo-Inspektion nach Lüchow geschleppt!

Einmal nach der 12. Sendung hat die Polizei, wie es einer dpa-Meldung zu entnehmen war, eine im Wald verborgene Ledertasche mit Sendeanlagen gefunden. Ob es sich dabei um RFW gehandelt hat? Aber RFW ist ja keine verborgene Aktentasche und hat deshalb die Woche drauf auch prompt wieder gesendet.

Da die Atompolizei versucht RFW mit allen Mitteln mundtot zu machen, hat sich inzwischen ein Freundeskreis Kultur und Medien gegründet. Er will die im Landkreis vorhandene Medien- und Öffentlichkeitsarbeit koordinieren. Die Ziele dieses Freundeskreises sind die Entwicklung alternativer Medien wie Video, Tonband- und Telefonzeitung und Filme für den Kampf gegen die Atomindustrie und ihre Sympatisanten in der Region zu fördern und die Legalisierung eines bürgereigenen, freien, regionalen Rundfunks durchzusetzen. Bis zur Erteilung einer Lizenz durch die Landesregierung und die Einrichtung einer eigenen Sendestation wird sich der Freundeskreis darauf beschränken, wöchentlich eine Tonbandzeitung, sowie von Zeit zu Zeit die Wendlandwochenschau zu produzieren. Mitglied kann jeder unbescholtene Wende werden, der nicht Mitglied einer Staats- oder Verfassungsschützenden Organisation der BRD ist.

Bereits in den vergangenen Wochen haben sich viele Hörer des RFW mit Anzeigen in der Elbe-Jeetzel-Zeitung zu ihrem Sender bekannt und auf Sendetermin und Frequenz hingewiesen. Mit der Bildung des Freundeskreises und seiner Zielsetzung kommt RFW sicher auch der von Herrn Albrecht immer wieder geforderten Regionalisierung und der Beteiligung vieler Gruppen am Rundfunk nach und hofft daher in Zukunft nicht weiter belästigt zu werden.

Bei der Suche nach RFW hat die Polizei bisher das Codewort „BABY" oder „WIESEL" benutzt. Alle im Landkreis hoffen, daß Baby noch lange schreit, groß wird und gut gedeiht und flink wie eine Wiesel wird.

Gunter Heinz
Meta Hertz aus Lüchow Dannenberg

Die Freien Wenden senden, hört doch mal auf diesem Kanal!
Radio Freies Wendland
Heute um 19 Uhr UKW 101 Megahertz
Wir spitzen die Ohren:
Carla, Anke und Matthias Briesenick, Michael Henke, Susanne Hiller, Norbert Messerschmidt, Christian Quis, Gudrun Beerbohm, Helmut Koch, Gert Geffert

Frage:
Warum springen sonnabends um 19 Uhr alle Wenden in ihr Auto?
Weil Radio Freies Wendland im Autoradio viel besser zu empfangen ist!
B. Clausen, G. Kopiske, J. Bernhardt, Chr. Zimmermann Tollendorf

LESER SAGEN IHRE MEINUNG

Verhaftet und „behandelt"

Zu der Verhaftung im Zusammenhang mit dem Sender „Radio Freies Wendland" am 9. 8. möchten wir als Betroffene Stellung nehmen: Gegen 19.30 Uhr fuhren wir mit unserem Auto in der Gemarkung Kähmen, dort fielen uns ein Polizeihubschrauber und später auch ein großes Polizeiaufgebot sowie mehrere getarnte Peilwagen der Post auf. Da uns bekannt ist, daß jeden Sonnabend um 19 Uhr „Radio Freies Wendland" zu hören ist, konnten wir uns denken, daß dieses Polizeiaufgebot dazu dienen sollte, den Sender ausfindig zu machen. Beim Beobachten des Vorgehens der Polizei wurde uns unsere Neugier zum Verhängnis. Denn als wir auf einen Feldweg fuhren und bereits einige Polizeifahrzeuge passiert hatten, ohne angehalten zu werden, setzte auf einmal ein Polizeihubschrauber zum Tiefflug an und stoppte uns durch eine Landung auf dem Weg, wo bereits auch eine Zivilstreife quergestellt war. Kurz darauf kamen aus allen Himmelsrichtungen Polizeiautos angefahren. Wir wurden aufgefordert, uns auszuweisen und Warndreieck und Autoapotheke vorzuzeigen, da es sich, wie uns gesagt wurde, um eine normale Verkehrskontrolle handelte. Obwohl wir uns ordnungsgemäß ausweisen konnten, wurden unsere Papiere einbehalten und uns nach einigem Hin und Her mitgeteilt, daß wir vorläufig festgenommen seien. Im Polizeigriff wurden wir zu einem Mannschaftswagen gebracht. Ein Grund dafür wurde uns trotz ständigen Nachfragens nicht mitgeteilt. Nachdem etwa acht Polizeibeamte unser Auto gründlichst durchsucht hatten und unsere Ausweise mehrmals überprüft wurden, machten sich nun Fernmeldespezialisten von der Post über unser Auto her. Diese Prozedur erstreckte sich über etwa zwei Stunden und uns war bald klar, daß die Polizei den Sender „Radio Freies Wendland" in unserem Auto vermutete. Es wurde natürlich nichts gefunden, und auch unsere Erklärung, daß es wohl der Gipfel der Schwachsinnigkeit wäre, sich mit dem Sender im Auto eine halbe Stunde nach Sendeschluß direkt neben die Polizei zu stellen und ihnen bei der Suche zuzuschauen, half uns nichts. Ein Kriminalkommissar eröffnete uns, daß wir zur erkennungsdienstlichen Behandlung in die Polizeieinsatzzentrale nach Lüchow gebracht würden und unser Auto beschlagnahmt sei. Warum dieses geschah, können wir uns damit erklären, daß die Polizei nach wochenlangem, ergebnislosem Suchen auf Teufel komm raus einen Erfolg verbuchen mußte. In Lüchow weigerten wir uns, uns erkennungsdienstlich behandeln zu lassen, da wir dies als eine Schikane ansahen, da weder ein ausreichender Tatverdacht noch Beweise gegen uns vorlagen. Daraufhin wurden uns Knebelketten angelegt. Diese Eisenketten werden so fest zugezogen, daß sie tief ins Fleisch einschneiden, starke Schmerzen verursachen, die Blutzirkulation unterbrechen und die Nerven abtöten bis die Hand völlig gefühllos ist, um dann gegen unseren Willen die Fingerabdrücke nehmen zu können. Einem der Beamten reichte die Quälerei mit den Knebelketten wohl noch nicht, denn er zog sie auch dann fester zu, wenn es gar nicht notwendig war, und äußerte dabei den Wunsch, uns zu verprügeln. Während dieser Zeit wurde unser Auto zum drittenmal durchsucht, dabei die Türverkleidungen herausgerissen, die Motorhaube beschädigt und Kabel und Lüftungsklappen einfach abgerissen. Nach etwa 3½ Stunden wurden wir dann mit der Begründung, es läge nichts gegen uns vor, entlassen.

Wir haben daraufhin Anzeige wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung gestellt. Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, wie politisch Andersdenkende mit allen Mitteln eingeschüchtert und unter Druck gesetzt werden. Denn dieser riesige Polizeiaufwand steht in keinem Verhältnis zu dem geringfügigen Straftatbestand einer nicht offiziell genehmigten zehnminütigen Radiosendung. Aber auch von anderen Institutionen werden Atomkraftgegner zunehmend diskriminiert. So erhielten wir im letzten Monat von der Brandkasse die Kündigung unserer Feuerversicherung. Wörtliche Begründung: „Wir sehen den Zustand, daß das Gebäude von einer Gorleben-Kommune bewohnt wird, als wesentliche Gefahrenerhöhung an, die uns berechtigt, die Feuerversicherung zu kündigen." Dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Frieder Schiezelt und Hans-Erich Sauerteig,
Meuchefitz

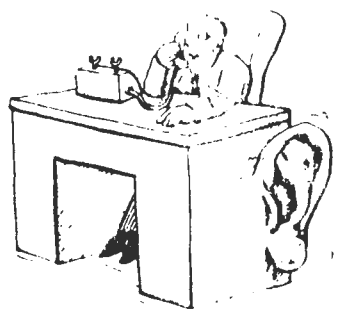
EJZ, 19. 8.

Trauer um Radio Freies Wendland?

Am letzten Sonnabend wurde der Sender Radio Freies Wendland entdeckt.
Diesen Sonnabend um 19 Uhr werden die Trauerfeierlichkeiten für das „Ende des Senders" auf 101 MHz vom Radio Freies Wendland original übertragen.
Wat mutt, dat mutt! -

Pöhlandt, Gartow

MEDIEN-ZENSUR



WDR SETZT GORLEBENFILM AB – ZENSUR AUF RATEN!

Ein weiteres Bravourstück bundesdeutscher Medienzensur leistete sich der WDR, der den Gorlebenfilm der Wendländischen Filmcooperative *„ Die Herren machen das selbst, daß ihnen der arme Mann fyendt wird"*, der zunächst 'nur' um die Hälfte zusammengeschnitten werden sollte, später wegen *„ internen Schwierigkeiten" ganz* absetzte. Aufgrund der *„aktuellen Ereignisse"* (Räumung!) habe man die *„Konzeption geändert."*

Entscheidend für die Absetzung des Filmes war das Votum des WDR-Verwaltungsratsvorsitzenden G r u n d m a n n, der die Vorabbewilligung für den Ankauf des Filmmaterials verweigerte. Konrad Grundmann ist Mitglied der CDU und Arbeitsdirektor bei 'Rheinbraun', einem Unternehmen der Energiewirtschaft in Frechen bei Köln!

Neben dieser Zensur des WDR zeigt auch die Ablehnung von drei Anti-AKW-Filmen auf den Oberhausener Kurzfilmtagen die stiefmütterliche Behandlung kritischer Filmproduktionen zur Energieproblematik. Vorhandene Filme werden sowohl vom (noch) öffentlich-rechtlichen Fernsehen als auch von den kommerziellen Kinos in der BRD der Öffentlichkeit weitgehend vorenthalten. Wenn sie überhaupt gezeigt werden, dann zu nachtschlafener Zeit vereinzelt und verloren im Programm!

MEDIENZENSUR

„NIMM DIE KAMERA VOM AUGE,SONST HAU ICH SIE DIR REIN" --PRESSEBEHINDERUNGEN BEI DER RÄUMUNG DER FREIEN REPUBLIK WENDLAND

Die bereits bekannten Behinderungen der Presse bei der polizeilichen Räumung des besetzten Bohrplatzes 1004 bei Gorleben am 4 Juni 1980 sind von der *„ Deutschen-Journalisten-Union" (DJU*) und der *"Rundfunk-Fernseh-Film-Union" (RFFU) in* einer Dokumentation mit dem bezeichnenden Titel „ U N T E R A U S S C H L U ß D E R Ö F F E N T L I C H K E I T " in anschaulicher Weise dargestellt worden. In dieser Dokumentation berichten mehr als 30 Reporter und Fotografen auf Fotos und in Berichten über Behinderungen bei der Anfahrt nach Gorleben, Beschimpfungen, Gewalttätigkeiten, Festnahmen, Abschiebungen vom Ort des Geschehens , Zutrittsverweigerungen und irreführenden Informationen durch Polizei und BGS. Die Dokumentation widerlegt eindeutig die Haltung des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff, der die gewalttätige Vertreibung der Presse mit der Bemerkung abtat, Aussagen über Behinderungen der Berichterstatttung und der journalistischen Arbeit seien nicht gerechtfertigt. Sämtliche Maßnahmen seien *„ a u s p o l i z e i t a k t i s c h e n G r ü n d e n" (???) erfolgt*! Die in der Dokumentation zusammengetragenen Beispiele beweisen, *„...daß es sich bei den Behinderungen um mehr als nur Entgleisungen einzelner Beamter handelte."* (DJU-Dokumentation, S. 4)

Daß sich die Polizei gezielt und bewußt auf die Betreuung der Medien vorbereitet und auch eine ausgetüfftelte Strategie zum Umgang mit der Presse entwickelt hat, wird durch eine Aussage des Polizeivizepräsidenten Berlins deutlich, Dr. Gerhard P F E N N I G: *„ Am ehesten erhält man eine richtige und objektive Berichterstattung, wenn man die Medien gut, ausreichend und möglichst zügig informiert. Je mehr man die Medien alleine läßt, je mehr sie auf eigene Faust recherchieren müssen, desto eher werden aus dem Zusammenhang gerissene Einzelheiten berichtet, die kein umfassendes Bild geben. Um dies zu verhindern, hat es sich bewährt, einen sogenannten PRESSE-LPB einzusetzen, der als einzige Afgabe d i e B e t r e u u n g d e r M e d i e n i n j e d e r H i n s i c h t h a t." (Die Po*lizei, Zentralorgan Für Sicherheits- und Ordnungswesen, 71. Jahrg., Heft 7, Juli 1980, s. 203).

Wie diese Betreuung der Medien bei der Räumung von 1004 von der Polizei praktiziert wurde, haben wir ja wirklich in jeder Hinsicht erlebt und erfahren!!!

(Zu beziehen ist die DJU-Dokumentation über: DJU, Friedrichstr. 15, 7000 Stuttgart 1).

KREISTAG SETZT „ELBE-JEETZEL-ZEITUNG" UNTER DRUCK

Das durch Grundgesetz gesicherte Recht der freien Meinungsäußerung in Wort, Schrift und Bild und die damit verbundene Informationsfreiheit und Meinungsfreiheit und die Freiheit der Berichterstatttung wird im Bereich der Veröffentlichungen über den Widerstand gegen das Atomprogramm immer massiver und offensichtlicher von staatlicher Seite mit Füßen getreten.

Rundfunk, Film, Fernsehen und Presse sind zunehmend stärker der Zensur durch die Atommaffia ausgesetzt. Das mußte die „ELBE-JEETZEL-ZEITUNG" (EJZ) wiederrum hautnah erfahren. Bereits vor einem Jahr wurde sie vor den Deutschen Presserat zitiert, der ihr damals allerdings eine objektive und ausführliche Berichterstattung bescheinigen mußte.

Nun versuchte der Kreistag des Landkreises Lüchow-Dannenberg einen erneuten Angriff auf die EJZ. In einer Diskussion sollte unter TOP 15 eine„ *Diskussion über die lokale Berichterstattung der EJZ" geführt werden. Der „Verband der Journalisten Niedersachsens" schickte sofort einen Protesbrief an den Kreistag, in dem es u. a. heißt: „Unabhängig von jeglichem Anlaß, der zu dieser Absicht geführt haben könnte, stellen wir fest, daß dieser Vorgang in der BRD einmalig ist und nur der Intention folgen kann, Druck auf die Zeitung auszuüben.... In jedem Fall werden wir den Gesamtvorgang weiterhin verfolgen und gegebenenfalls alle gesetzlich möglichen Schritte gegen den Landkreis unternehmen. Wir fordern sie auf, den TOP 15 ersatzlos von der Tagesordnung zu streichen."*(EJZ,12.7.80.,S.3)

Dieses Schreiben ließ die Kreistagsabgeordneten jedoch völlig unbeeindruckt; es wurde zwar auf der Sitzung verlesen, aber bei e i n e r Gegenstimme nicht gestrichen, und es kam zu einer'regen' Diskussion, wobei selbstverständlich alle Redner versicherten, daß ihnen natürlich nichts ferner läge, als die Presse zu gängeln oder Redakteuren die Meinung zu verbieten.

Daß es aber eindeutig um eine Pressekontrolle durch den Kreistag ging, wurde durch die verschiedenen Diskussionsbeiträge deutlich: So wies der CDU-Fraktionsvorsitzende F i s c h e r darauf hin, daß es sich bei AKW-Gegnern um eine bundesweite Minderheit handle, die sich vorwiegend aus Lehrern und Journalisten rekrutiere und daher in der Berichterstattung einen „über*höhten Stellenwert" ein*nehme.

Der SPD-Abgeordnete A B R A H A M , der allerdings erst nach einer Zwangspause wegen einer Bombendrohung sprechen konnte, wolle die EJZ zwar nicht 'schelten', aber er erwarte eine *„sachlichere Berichterstattung, denn was wir hier eben erlebt haben, ist das Ergebnis einer jahrelangen Glorifizierung von Gewalt durch Presse und Rundfunk."*

Was die CDU-Fraktion unter sachlicher Berichterstattung und Diskussionsfreiheit versteht, wird in einer von ihr auf der Kreistagssitzung verlesenen Resolution deutlich, in der es u. a. heißt: „*Die CDU-Fraktion vertritt die Ansicht, daß die Berichterstattung über die Ereignisse in und um Gorleben kein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion in der Bevölkerung gewesen ist. Wir fordern den Verlag und die Redaktion der EJZ auf, die Meinungsbildung über die Probleme n i c h t d e m Z u f a l l v o n L e s e r b r i e f e n u n d A k t i o n e n zu überlassen, sondern die Probleme systematisch aufzuarbeiten. Die CDU-Fraktion steht zu eventuellen Gesprächen mit den entsprechenden Gruppen zur Verfügung." (EJZ,* 12.7.80., S.3)

Zwischenlager als „Entsorgungs"-Nachweis

Der atomare Wahnsinn wird an dem ungelösten Atommüllproblem besonders deutlich. Die Produktion von Atommüll wird bei geplantem Ausbau des Atomprogramms explosionsartig zunehmen. Wie unverantwortlich und mit welchen Mitteln das Atomprogramm trotzdem vorangetrieben wird, zeigen die Beschlüsse zur Zwischenlagerung vom September 1979 und Februar 1980.

Für jede Betriebsgenehmigung eines AKW's ist ein Entsorgungsnachweis erforderlich. Bisher galt als Entsorgungsnachweis ein Vertrag mit der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague (Frankreich). Dieser Entsorgungsnachweis war schon immer sehr fadenscheinig. In der WAA La Hague treten immer wieder technische Störungen auf. Erst am 15. April 1980 ereignete sich ein Unfall,
der nur nicht zur Katastrophe führte, weil die Anlage außerplanmäßig stillag. Außerdem können Brennstäbe deutschen Typs dort gar nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten aufbereitet werden. Nach Auslaufen der Verträge, kann es passieren, daß der hingeschickte Atommüll von der BRD wieder zurückgenommen werden muß.

Die Entsorgungsverträge zwischen den deutschen Reaktorbetreibern und der franz ösischen COGEMA räumten bei Mißlingen der Aufbereitung ein, die Brennelemente in die BRD zurückzuschicken. Inzwischen nimmt die COGEMA keine abgebrannten Brennelemente aus der BRD mehr an.

Seit 1979 kann die WAA La Hague auch von offizieller Seite nicht als Entsorgungsnachweis anerkannt werden. Statt als Konsequenz den Bau von AKW's und die Produktion von Atommüll einzustellen, fanden Politiker und Betreiber schnell eine neue Lösung: die Zwischenlagerung.

Die Genehmigungsvoraussetzungen wurden einfach der politischen Lage angepaßt. Durch Beschluß der Bundesregierung und der Länder im Sept. 1979 und Februar 1980 wurden Kompakt- und Zwischenlager als Entsorgungsnachweis anerkannt. Ohne diese Lager müßten die AKW's in den nächsten Jahren abgeschaltet werden. Weiterhin wurde beschlossen, daß das erste Zwischenlager außerhalb eines Reaktorgeländes mit einem Fassungsvermögen von 1500 Tonnen bis 1985 in Betrieb gehen soll. In Kompaktlagern die eigentlich auch eine Form der Zwischenlagerung auf AKW-Gelände sind, nur aus Verschleierungsgründen nicht so genannt werden, werden Brennelemente in Abklingbecken dicht gepackt gelagert und durch einen Wasserkreislauf gekühlt. Eine Kompaktlagerung bedeutet also eine Konzentration der radioaktiven Substanzen auf AKW-Gelände.

Die Trockenlagerung ist für die Atomindustrie eine schnelle und billige Lösung. Hier soll der Atommüll einfach in den Transportbehältern in großen Hallen gelagert werden. In Gorleben sollen 2 Hallen gebaut werden, jede so groß wie ein Fußballfeld, und knapp 20 m. hoch. Diese Form der Lagerung ist aber wegen an den Behältern auftretenden Verschleißerscheinungen und Einsturzgefahr, z.B. durch Flugzeuabsturz, gafährlich.

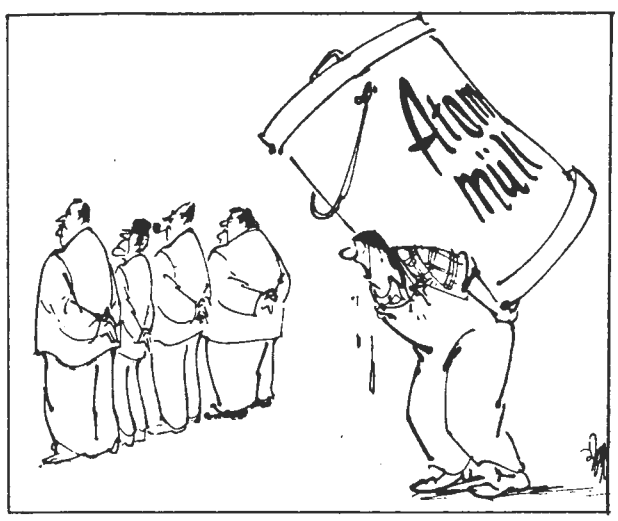
Wie unverantwortlich das nach rein wirtschaftlichen Interessen orientierte Handeln der Atomindurstrie unterstützt wird, zeigt die Tatsache, daß bis Anfang 1979 von der Reaktorsicherheitskommission noch betont wurde, das Verfahren der Trockenlagerung sei noch lange nicht ausgereift. Im Frühjahr 1979 war die Trockenlagerung dann plötzlich eine völlig sichere Sache, angeblich bis ins Detail durchdacht und erprobt. Auch für die Politiker sind damit alle sicherheitstechnischen Bedenken ausgeräumt.

Nach offizieller Planung werden bei Ausbau des Atomprogramms bis zum Jahr 2010 z e h n Zwischenlager mit einer Kapazität von je 1500 Tonnen erforderlich, rund 16.000 Tonnen atomarer Abfall aber werden dann in Kompaktlagern unterzubringen sein. Bezeichnenderweise rechnen die Regierungschefs nicht so weit. Die Zwischenlagerung als gigantisches und risikoreiches Provisorium soll nur das Anwachsen der Atommüllproduktion ermöglichen.

AKTIONSWOCHE GEGEN ATOMMÜLLAGER

Vom 1. September bis 7. September fand eine bundesweite Aktionswoche gegen Atommüllager statt. In diesem Rahmen informierten Bürgerinitativen und BBU über Probleme und Risiken der Atommüllagerung. Da wir keinen bundesweiten Überblick haben , berichten wir von der Aktionswoche im Landkreis Lüchow- Dannenberg.
Mit einem alten Bauwagen als rollendes Informationszentrum zogen die Atomgegner durch den gesamten Landkreis Lüchow-Dannenberg. Die Aktion wurde von allen Orts gruppen der BI in ihren Orten durchgeführt. Am Montag begann die Aktion in Clenze, am Dienstag in Lüchow, am Mittwoch in Hitzacker, am Donnerstag in Dannenberg und am Freitag endete der Zug im Raum Gartow-Gorleben. Am Wochenende endete die Aktion mit einem großen Wendlandfest. Während der Aktionswoche wurden die Einwohner in den Orten über die Gefahr der Atommüllagerung informiert. Teilweise wurden die Teilnehmer des Zuges skeptisch betrachtet betrachtet, aber in Gesprächen ergab sich dann, daß viele Leute dem Zwischenlager in Gorleben ablehnend gegenüberstehen. Zum Abschluß eines jeden Abends wurde dann der Film „Mehr Atomkraftwerke" in Gaststätten gezeigt.

Auf dem Wendlandfest gab es viele Informationen zum Zwischenlager, viel zu essen und zu trinken, einen gutbesuchten Tanzabend und Theater.
Am Samstag um 19.00 Uhr sendete wieder Radio Freies Wendland, diesmal ohne Störung von der Atompolizei. Nach der Sendung stellte sich der Freundeskreis Radio Freies Wendland der Öffentlickeit vor (siehe Seite 13)



„Ich hab die Schnauze voll!"

Zwischenlager im Naturpark

Auf der Tiefbohrstelle 1003, in der Nähe von Gorleben soll nach Willen der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) ein Zwischenlager für abgebrannte Brennelmente aus Atomkraftwerken, sowie ein Zwischenlager für schwachradioaktive Abfälle aus der Nuklearmedizin, Atomkraftwerke und Forschung entstehen.

Im Juli 1980 kam es zum Vertragsabschluß zwischen den Gemeinen Gorleben, der Samtgemeinde Gartow, dem kreistag von Lüchow-Dannenber einerseits, und der DWK andererseits, über die Errichtung des Zwischenlagers.

Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht begrüßte diese Entscheidung. Bereits einige Wochen vorher äußerte er sich grundsätzlich zur Atommüllproblematik. Zitat aus Landeszeitung: **„Albrecht hält den Abfall aus den Kernreaktoren für eine „gewaltige nationale Energiereserve, die wir sehr gut gebrauchen können, wenn das mit dem Öl so weitergeht". Es sei deshalb ein „grober Fehler", wenn man zu früh in die Endlagerung gehe und dann nicht mehr an diese „Energiereserve" herankomme."**

Hier läßt sich zwischen den Zeilen Albrechts Wille zum Bau einer WAA in Gorleben nach wie vor erkennen.

Um die leichtfertige Haltung der Lüchow-Dannenberger Kommunalpolitiker, mit der sie Atomanlagen in den Landkreis holen nachvollziehen zu können, muß gesagt werden, daß die DWK keine Kosten und Mühen gescheut hat um die Kommunalpolitiker in ihrem Sinne zu beeinflußen. In mehrfachen Reisen zu kerntechnischen Anlagen wurde den Politikern immer wieder die Gefahrlosigkeit der Atomenergie vorgegaukelt. Hinzu kommen die großen finanziellen Summen welche die DWK als Gegenleistung für die Verwirklichung des Zwischenlagers zahlt. Hier kann schon von Bestechungsgeldern geredet werden.

Für die Zwischenläger wird ein Gelände in der Größe von 15 Hektar benötigt. Deshalb sollen noch 11 Hektar Wald zusätzlich auf 1003 abgeholzt werden. Das vorgesehene Gelände liegt im Naturpark Elbufer-Drawehn und ist als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. In Landschaftsschutzgebieten dürfen keine Indurstrieanlagen angesiedelt werden, deshalb wurde der Antrag bei der Bezirksregierung Lüneburg gestellt, den Lanschaftzschutz aufzuheben.

Anmerkung der Redaktion: Aus Platzgründen konnten wir uns leider nicht so ausführlich wie vorgesehen mit der Zwischenlagerproblematik beschäftigen. Dies wird in der nächsten Ausgabe nachgeholt.

Ist Sicherheit käuflich?

Nachdem die Lüchow-Dannenberger Kreisvertreter und die Gartow-Gorlebener Gemeinderäte bereits grundsätzlich ihre Zustimmung zu einem Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente gegeben hatten, hat Ministerpräsident Albrecht dieses Angebot natürlich nicht ausgeschlagen:

Gorleben ist jetzt offizieller Standort für ein Trockenlager für hochradioaktiven Müll. Auch ein Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll ist dort vorgesehen.

Die für diesen Beschluß verantwortlichen Kommunalpolitiker behaupten zwar immer noch, Sicherheit habe für sie Vorrang vor wirtschaftlichen Vorteilen; verhandelt wird aber nur noch über den Preis. Das hat die letzte Kreistagssitzung vom 11. 7. in erschreckender Weise gezeigt. Diskutiert wurde über Millionenbeträge — Zuschüsse für neue Straßen, Sporthallen, Campingplätze, Hotels . . . — Ausgeklammert wurden dagegen folgende Fragen:

- Ist es verantwortbar, daß mit einer solchen Eile eine Technologie durchgesetzt wird, die erst wenige Jahre alt ist? Warum wird von Betreibern und Politikern mit allen Mitteln versucht, eine kritische Überprüfung dieser völlig neuen Konzeption zu umgehen und eine Beteiligung der Bürger am Genehmigungsverfahren auszuschließen?
- Was passiert mit dem gefahrlichen Müll, wenn die Brennelementbehälter trotz Aussagen der Betreiber der intensiven Strahlenbelastung nicht standhalten? Soll etwa auch noch ein Naßlager nach Gorleben kommen?
- Was passiert, wenn nach Ablauf der vorgesehenen Zwischenlagerzeit das Problem der Endlagerung immer noch ungelöst ist?
- Kann der Raum Gorleben—Trebel—Gartow eine Konzentrierung von Atomanlagen (evtl. auch noch Herstellung von Brennelementbehältern?) überhaupt verkraften?
- Werden hier nicht die Existenzmöglichkeiten der Landwirtschaft aufs Spiel gesetzt?

Diese Fragen, die teilweise auch von den Abgeordneten Schwarze (SPD) und Schmitz-Mohr (FDP) aufgeworfen wurden, haben wenig Eindruck auf die übrigen Kreistagsmitglieder gemacht. Die Verantwortung für die Sicherheit überlassen sie den Befürwortern solcher Anlagen.

Fest steht:

- Es gibt keine Langzeiterfahrung mit den Trockenbehaltern und dem vorgesehenen Kühlsystem.
- Das Zwischenlager soll nach § 6 Atomgesetz genehmigt werden. Das bedeutet: keine Bürgerbeteiligung wie z. B. beim Bau anderer Atomanlagen. Dieser Paragraph ist eigentlich für die Lagerung unbestrahlter Kernbrennstoffe vorgesehen, die in keinem Vergleich zu der Gefährlichkeit hochradioaktiven Mülls stehen.

Aus einem Nebensatz in der EJZ (14. 7. 1980) erfahren die Bürger außerdem noch, daß die politisch Verantwortlichen auch gegen ein Atomkraftwerk in Langendorf nichts einzuwenden haben, was im letzten Raumordnungsprogramm gar nicht mehr vorgesehen ist. Es ist beschämend, mit welcher Leichtfertigkeit und Selbstherrlichkeit der größte Teil der Kommunalpolitiker über die Köpfe ihrer Wähler hinweg die Weichen für einen Atomkreis Lüchow-Dannenberg stellt. Hier werden unsere Sicherheit und unsere Heimat verkauft!

Wofür?

Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg E. V.

19.7.80 EJZ.

Mauschelei im Intercity

Im Anschluß an das Gorleben-Heraring im Deutschen Bundestag am 23.6.80 trafen sich fünf Herren in einem Intercity-Zug im Speisewagen, um zu erörtern wie man den Salzstock Gorleben für ein Atommüll-Endlager passend machen kann. Diese fünf werten Herren waren: Prof. Werner Heintz, PTB, der Jurist aus dem nieders. Sozialministerium Schöpfer oder der Geologe Dr. Schneider ebenfalls vom Sozialministerium außerdem waren noch dabei (sie waren auch in Bonn) Dr. Carsten Salander, Vorstandsmitglied der DWK Prof. Helmut Venzlaff und Prof. Dr. Helmut Röthemeyer beide PTB.

Prof. Bley, Historiker aus Hamburg, hörte zufällig mit und übersandte seine Gesprächsnotizen der BI Lüchow-Dannenberg..; Andauernder Inhalt des 1 1/2 stündigen Gesprächs war, daß der Minsterialbeamte in immer wiederholten Varianten und Differenzierungen den Punkt fixierte, wann er zum Planfestellungsverfahren sich gezwungen sehe und unter welchen Umständen er einen Schacht, der auch dem Endlager dienen könne, zustimmen könnte.
Die Diskussion konkretisierte dies an der Frage der Schachtbreite. Der Beamte argumentierte, daß eine Schachtbreite zwischen 3,50 m und 5,00 m (möglicherweise ist dies eine für eine zugespitzte Diskussion fiktiv und extrem gegriffene größe) sicher als Erkundunsbohrung toleriert werden könnte, da er selbstverständlich *beim Genehmigungsverfahren alle für eine Erkundsbohrung erwünschte Erleichterungen , also auch eine gewisse Überbreite wie 4,00 m genehmigen könne. Indessen, wenn man den Schacht gegriffen 7,50 m auslege, diese Breite nur Sinn mache, wenn der Endzweck nicht die Erkundungsbohrung sondern das Endlager sei.*

Die Diskussion drehte sich intensiv darum, diesen Engpass zu überwinden. *Die Betreiber versuchten zunächst, den Beamten darauf festzulegen, daß es rechtlich unzulässig wäre, von der Breite auf ihre Absichten zu schließen.* In der sich ständig wiederholenden Debatte, in der der Beamte wiederholt bekräftigte, er wolle ja wo immer es irgend ginge, den Betreibern entgegenkommen, wurden eine Reihe von Varianten durchgespielt.

Eine Variante, die ich nicht vollständig verstanden habe, wurde von den Beamten kommentiert: „Davor würde ich warnen, weil das zu auffällig wäre." Einer der Betreiber faßte kurz vor Hannover das Gesprächsergebnis in der Art zusammen (keine direkte Wörtlichkeit) **der Weg, den wir gehen müssen ist also klar, wir brauchen ein Gutachten, daß eine Schachtbreite von 7,50 m für eine Erkundungsbohrung als notwendig oder wünschenswert erklärt.**

Ich versichere nachdrücklich, daß der Beamte überwiegend die Gesprächsführung hatte und es durch Wortwahl und Art der Vorschläge darauf anlegte, den Betreibern die juristische Lücke zu definiern, durch die ein als Erkundungsschacht benötigter und deklarierter Schacht auch bereits als Schacht für das Endlager verwendbar wird und eine Schachtbreite hat, die größer ist, als für die Erkundung notwendig. *Nach meinem Verständnis hat der Beamte aktiv einer Gesetzumgehung Vorschub geleistet und jegliche Unabhänigkeit gegenüber den Betreibern vermissen lassen.*
Auf einer Pressekonferenz am 8.8.80 in Lüchow stellte die BI Lüchow-Dannenberg diese Ungeheuerlichkeiten der Öffentlichkeit vor. Das Sozialministerium reagierte am 13.8.80, das Gespräch mußte wohl oder übel zugegeben werden. Zu den Vorwürfen erklärte es, von unzulässigen Absprachen kann keine Rede sein. **Der Beamte habe mit PTB Mitarbeitern nur seine persönlichen rechtlichen Überlegungen diskutiert. Er habe lediglich erklärt, für die Erkundungsbohrung sei das Bergrecht nicht aber das Atomrecht anzuwenden, EJZ vom 13.8.80.**

Hier versucht das Sozialministerium eine peinliche Angelegenheit zu verharmlosen und zu verschleiern. Die Absprachen werden als persönliche Meinung hingestellt und dann wird so getan, als hätte das alles gar nicht zu sagen. Dieses Verhalten zeigt, daß das Sozialministerium sich durch diese Aussagen hinter den Beamten stellt. Alle Gespräche werden aber nicht im Zug geführt. Die Absprachen werden ansonsten hinter verschlossenen Türen getroffen und hier ist es nun rein zufällig an die Öffentlichkeit geraten. *Das letze Beispiel für solche Mauscheleien waren doch die Schweinereien beim Zwischenlager, die DWK als Betreiberin und die PTB als Genehmigungsbehörde. Die PTB läßt aber gleichzeitig Erkundungsbohrungen durchführen.*

Während Betreiber und Politiker von Erkundungsbohrungen reden, werden schon gesetzliche Voraussetzungen geschaffen, um die Schachtbauarbeiten als Erkundungsbohrungen zu tarnen. Der Bevölkerung wird eine Erforschung vorgegaukelt, dabei wird aber gleichzeitig ein Schacht zur Endlagerung von Atommüll gebaut.

Frühjahrsputz im Spätsommer

Gorleben/Berlin, 25.9. (taz).Unangemeldeten Besuch bekamen am Mittwochvormittag (24.9.) Wilhelm Kulke und Jens Becker-Platen von der „Informationsstelle über nukleare Entsorgung von Bund und Land" in Lüchow im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Eine Gruppe von Atomkraftgegner erleichterte sie um den Ballast an offiziellem Informationsmaterial, packten alles in die Kofferräume vor dem Haus parkender PKWs und verabschiedeten sich unbehelligt nach einer halben Stunde Diskussion.

In einer uns zugesandten Erklärung heißt es: „Über zuwenig Resonanz in der Bevölkerung hatten sie sich schon oft beklagt - Kulke und Becker-Platen, die Chefbeauftragten und Imagepfleger von Bund und Land in Lüchow, die sich seit Monaten bemühen, der Bevölkerung die Atompläne im Landkreis schmackhaft zu machen". Ca. 50 Anti-Atomaktivisten wollten sich einmal „gründlich" informieren, im besonderen wann und wo die nächste Tiefbohrstelle eingerichtet werde. Eine Antwort erhielten sie von den beiden Vertretern jedoch nicht. Daraufhin machten sie sich an dem Inventar des Büros zu schaffen und sackten die Materialien ein. Reimar, einer der Beteiligten: „Die Stimmung war toll und erreichte mit dem Abtransport eines der nun leeren Regale ihren Höhepunkt".
Trockener Kommentar eines Ausgeräumten, Wilhelm Kulke, gegenüber der TAZ: „Ich hoffe, daß das ausreichende Informationsmaterial, das mitgenommen wurde, entsprechend Verwendung findet".

H.B.

Die ersten Ergebnisse der Tiefbohrungen:

katastrophal!

Der Gorlebener Salzstock ist als Endlagerstätte für hochradioaktive Abfälle besonder ungeeignet. Dies bewies der Geowissenschaftler Prof. Grimmel von der Uni-Hamburg in seinem neuesten Gutachten. Er befaßte sich u.a. mit den letzten Tiefbohrergebnissen (1003) und legte am 23. 6.80 seine Stellungnahme dem Innenausschuß des Bundestages während eines Hearings vor, an dem sechs weitere Sachverständige und Vertreter der PTB und DWK teilnahmen. Die 40 geladenen Bürger aus Lüchow-Dannenberg konnten den „sachverständigen Worten" leider nur aus einem Lautsprecher im Nebenraum lauschen.

Zu den Tiefbohrergebnissen meinte Prof. Grimmel, es lohne sich nur weiterzubohren, um auf Erdgasvorkommen zu stoßen, die unter dem Salzstock vermutet werden. Nachfolgend einige gewichtige Argumente die ihn zu diesem Urteil veranlassen:

- -Man findet mehrfache Carnallitschichten (ein Salz mit einem sehr geringen Schmelzpunkt, besonders gefährlich für die Lagerung des heißen Abfalls).
- -Es treten offene Klüfte mit einer Breite von 15 cm auf, die durch Auslaugungen entstanden sind.
- -Es werden verschiedene Kalisalzschichten festgestellt, die mehrfach durcheinander laufen.

Alles deutet darauf hin, daß der Salzstock mehrfach verworfen ist, also nicht eine homogene Schichtenlinie darstellt. Eine äußerst komplizierte Innenstruktur läßt schwer voraussagen wo Laugeneinschlüsse oder Carnalliteinschlüsse noch vorhanden sind.

Ein rapide ansteigender Salzgehalt in den unteren Grundwasserstockwerken läßt darauf schließen, daß das Grundwasser im Kontakt mit dem Salzstock steht. Somit ist eine der wichtigsten Forderungen an den Salzstock, nähmlich der jahrtausendelange hermetische Abschluß der hochradioaktiven Abfälle von der Umwelt nicht erfüllt.

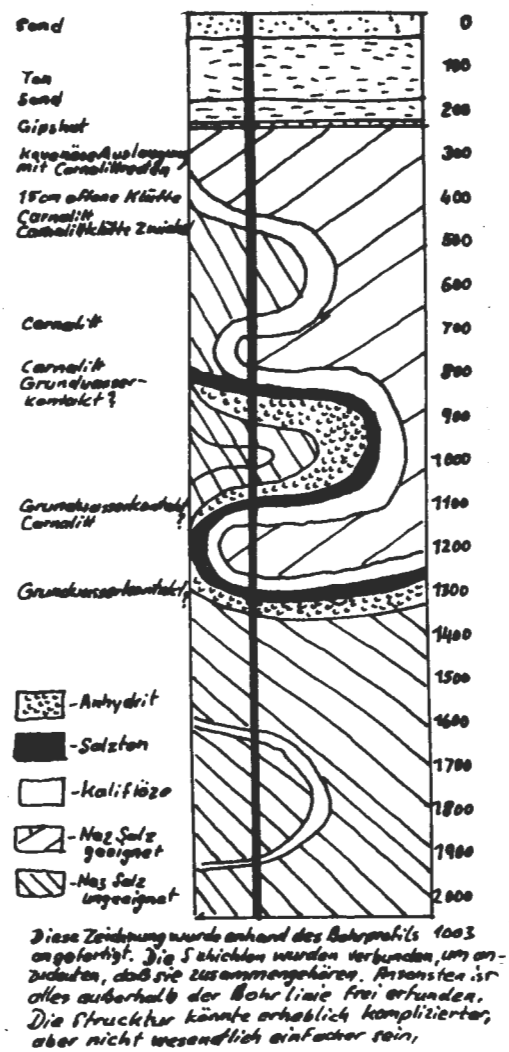
Selbst Prof. Venzlaff von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mußte feststellen: *„Im Laufe der bisherigen Bohrprogramme wurde ein elstereiszeitliches Rinnensystem nachgewiesen, das den Salzstock Gorleben südlich der Ortschaft Meetschow/Gorleben quert. Die auf den tiefsten Teil der Rinne beschränkte Ausräumung der tonigen Deckschicht des Tertiärs hat einen Kontakt des Gipshutes mit dem Grundwasser ermöglicht... . Extrem hohe Salzgehalte zeigen sich im tiefsten Bereich der Rinn, in dem ein direkter Kontakt zwischen dem Salzstock und dem Grundwasser besteht."*

Hierzu ein Leser der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 8. 7.80: *„... Wenn Prof. Venzlaff dann trotzdem schreibt:„Schwerwiegende Gründe, die den Standort in Frage stellen, sind noch nicht erkannt worden", ist das für mich der Beweis, daß dieser Salzstock unter allen Umständen geeignet gemacht werden soll...".*

Auch die bäuerliche Notgemeinschaft drückt ihren Unmut in einem Schreiben an den niedersächsischen Sozialminister aus. Sie geht zum einen darauf ein, daß nach neuesten Erkenntnissen von einem sicheren Abschluß des Salzstockes von der Biosphäre nicht mehr ausgegangen werden könne. Dies wird anhand einiger gewichtiger Argumente begründet. Zum anderen weist sie auf das Intercitygespräch (siehe Seite 18) hin und fordert genaue Untersuchungen der Vorgänge. Für die bäuerliche Notgemeinschaft bedeutet ein abteufen von Schächten auf jeden Fall Baubeginn für das Endlager. Die Notgemeinschaft werde nicht hinnehmen, daß ihre Heimat unbewohnbar gemacht werde, heiß es in dem Brief.

Bei der Betrachtung der Vorgänge um den Gorlebener Salzstock, der kritischen Gutachten der Wissenschaftler und der besorgten Stimmen aus der Bevölkerung stellt sich die Frage, warum das Bohrprogramm weiter durchgezogen wird.

Braucht man wirklich noch mehrere Jahre um durch neue Bohrergebnisse, durch bergmännische Erkundung festzustellen, ob der Salzstock geeignet ist, obwohl die absolute Nichteignung schon heute feststeht? Oder braucht die Betreiberseite die Zeit, um den Salzstock passend zu machen?



Diese Zeichnung wurde anhand des Bohrprofils 1003 angefertigt. Die Schichten wurden verbunden, um anzudeuten, daß sie zusammengehören. Ansonsten ist alles außerhalb der Bohrlinie frei erfunden. Die Struktur könnte erheblich komplizierter, aber nicht wesentlich einfacher sein.

Dadurch, daß die niedersächsische Landesregierung sich strikt geweigert hat, mehrere Standorte vorzuschlagen, würde die gesamte Strategie zur Entsorgung der Kernkraftwerke langfristig zusammenbrechen, wenn man die Nichteignung Gorlebens zugibt.

Die Entwicklung der Dinge macht deutlich, daß versucht wird das geplante „integrierte Entsorgungszentrum" in Gorleben gegen den Willen der Bevölkerung auf verschleierten Wegen durchzusetzen.

Dafür sprich erstens der Bau der Zwischenlager (siehe Seite 16/17), das als Eingangslager für eine WAA geeignet ist, zweitens der Inhalt des neuen Energieprogramms des Landes Niedersachsen, das Wirtschaftsministerin Breul im September dem Kabinett vorstellte. Darin wird befürwortet, auch für Niedersachsen einen Antrag für eine „kleine WAA" wie in Hessen zu stellen. Das sich diese kleine Anlage ganz plötzlich zu einer großen entwickeln könnte, läßt sich leicht vorstellen.

Auch die Wirtschaftsministerkonfernz von August hält eine Wiederaufbereitungsanlage für die BRD für notwendig. Die Politiker sehen die bloße Einlagerung der im laufe der Zeit anfallenden Menge abgebranter Uranstäbe als gigantische Verschwendung.

Die Angst vor einer solchen „Verschwendung" scheint größer zu sein, als die Angst davor Menschen zu vernichten.

BAUERN VOR GERICHT (JAUCHEVERFAHREN)

Dort, wo die unmittelbare Gewalt durch Bundesgrenzschutz und Polizei nicht ausreicht, um den Widerstand gegen atomare Anlagen zu brechen, wird mit dem wirtschaftlichen Ruin gedroht. Der Versuch die Bauern durch die Verurteilungen für die Teilnahme an der Blockade im Mai 1979 mit hohan Geldstrafen einzuschüchtern, war mißlungen. Nun sollen sie durch diese Verfahren mit hoher Strafandrohung vom weiteren Widerstand abgehalten werden.

Im November 1979 wurde eine hydrogeologische Bohrung auf dem Land eines Gorleben-Gegners niedergebracht, obwohl Wissenschaftler wie z.B. Prof. Grimmel bereits nach gewiesen hatten, daß der Gorlebener Salzstock für die Endlagerung von hochaktiven Müll ungeeignet ist. Um ihren Unmut über die Bohrungen zu zeigen, führen ca. 15 Bauern am Vormittag des 13. Nov. mit ihren Treckern und vollgepumten Jauchewagen zur Flachbohrstelle. Die gesamte Jauche, ca. 30.000 Liter, wurden dicht an der Bohrstelle abgelassen.

Als diese Aktion abends wiederholt werden sollte, war im Gegensatz zum Vormittag sehr viel mehr Bundesgrenzschutz u. Polizei da. Vielen Bauern, die schon auf dem Hinweg gestoppt wurden, nahmen die Beamten die Zündschlüssel weg. Die Polizisten hatten sich teilweise schon auf den Feierabend eingestellt, d.h. sie kamen z.T. in unvollständigen Uniformen und waren lecht angetrunken. So wurden sie schnell aggressiv und gewalttätig, beschimpften und bedrohten die Bauern. Einem Bauern wurde ein Baumstamm quer durch das Verdeck seines Treckers gestoßen und die hintere Scheibe eingeschlagen.

Gegen einige an dieser Aktion beteiligten Bauern wurde inzwischen Anklage erhoben. Ihnen wird Widerstand gegen die Staatsgewalt, Nötigung, Körperverletzung und Sachbeschädigung vorgeworfen. Hier wurden alle (un-) denkaren und (un-)möglichen Anklagepunkte aufgegriffen, wahrscheinlich mit der Hoffnung, daß irgendetwas schon zutreffen wird. Zudem tritt in diesen Prozessen ein BGS-Beamter als Nebenkläger auf. Dieser soll nähmlich mit Gülle vollgespritz worden sein, dadurch wurde sein , *„körperliches Wohlbefinden derart beeinträchtigt"*, daß er noch am Morgen des darauffolgenden Tages an *„ starker Übelkeit"* litt. Der selbe Beamte wurde angeblich auch fast überfahren, er hätte nur durch einen Sprung zur Seite sein Leben retten können. Die PTB (Physikalisch-Technische-Bundesanstalt) hat einen „Strafantrag wegen Zerstörung von Bohrungen im Raum Gorleben" (dafür gibt es bereits Vordrucke) gestellt. Die Bohrergebnisse seien nicht mahr zu gebrauchen, die PTB hat Schadensersatz in Höhe von ca. 7.000 DM angemeldet.

ERMITTLUNGSVERFAHREN UND PROZESSE HÄUFEN SICH

Der Widerstand der Bevölkerung Lüchow-Dannenbergs hat eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren nach sich gezogen (ca. 400 seit Standortbenennung, einige wurden gegen die Zahlung einer Geldbuße von ca. 200 DM eingestellt). Viele Strafverfahren wurden eingestellt, oder die Angeklagten mußten freigesprochen werden, weil sich z.B. die BGS-Zeugen in Widersprüche verstrickten, nicht mehr erinnern konnten, die Zeugenaussagen abgesprochen waren. Auch die Tatsache, daß die Unschuld der Angeklagten manchmal durch Fotos erwiesen werden konnte, zeigt, daß die Angeklagten völlig willkürlich herausgriffen und die Anklagen konstruiert werden. Das wird auch durch den vorläufigen Ausgang des letzten Prozesses deutlich, der noch einmal neu aufgerollt werden muß, weil die „Beweiskette" nicht „dicht" genug ist.

Die Staatsgewalt versucht, mit immer mehr Prozessen die Kriminalisierung der AKW-Gegner voranzutreiben. Diese Prozesse dienen dazu, den Widerstand der Betroffenen zu brechen, sie stellvertretend für alle mundtot zu machen und die Anti-AKW-Bewegung einzuschüchtern. Der Widerstand gegen atomare Anlagen wird zum finanziellen Risiko, denn bei einer Verurteilung muß nicht nur die Strafe, sondern auch die Prozeßkosten bezahlt werden. Zudem kommt noch der Makel des Vorbestraftseins oder die Tatsache, als Angeklagter vor Gericht gestanden zu haben, die besonders in einer ländlichen Gegend schwerwiegend wirkt und den Betroffenen auch nach dem Prozeß noch anhängt.

Die Solidarität der AKW-Gegner, die wissen, was für ein Spiel vor Gericht gespielt wird, mit den Angeklagten ist dennoch groß. Der Andrang zu den Prozessen ist stark. Aber nur 25 Personen dürfen die Verhandlung im Amtsgericht Uelzen verfolgen. Jeder Zuschauer erhält eine numerierte „Platzkarte", auf der die Verhaltensregeln und Strafandrohungen bei Nichteinhaltung dieser Regeln abgedruckt sind. Vor dem Amtsgericht werden die Zuschauer fotografiert und gefilmt. Eine Anzeige von Betroffenen leitete keine Ermittlungen ein, sondern wurde wenige Tage später wegen „Geringfügigkeit"eingestellt. Das „Recht am eigenen Bild" lt. Kunsturhebergesetz (?) gilt anscheinend nicht für Zuschauer bei Gerichtsverhandlungen, sondern nur für Polizeibeamte. So war doch die Veröffentlichung des Fotos eines Polizeibeamten sogar der Anlaß für Hausdurchsuchungen.

Während der Gerichtsverhandlungen wird die Räumung des Gerichtssaales ständig angedroht, so z.B. wenn die Zuschauer husten, lachen oder stricken. Durch diese Maßnahmen soll auch bei der unbeteiligten Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, daß es sich in diesen Prozessen wirklich um Kriminelle und ihre Sympathisanten handelt.

Diese Schikanen und die gesamten Gorleben-Prozesse waren der Anlaß für eine erneute Aktion der Betroffenen. Empört über die „Schweinereien", die im Gerichtssaal ablaufen, luden sie am letzten Prozeßtag Mist vor dem Gericht ab. Mittags wurde der Tag mit Konfetti beschlossen. Richter Pape zeigte sich von dieser Kritik nicht beeindruckt. Er erstattete Strafanzeige und kündigte noch schärfere Maßnahmen für künftige Prozesse an.

Vorsicht Falle: Bauernfänger unterwegs

Im Folgenden bringen wir eine (aus Platzgründen) kurze Auflistung der Prozesse in der letzten Zeit:

Prozeß gegen K.H. Schulze

Der mit 5 Prozeßtagen bisher längste Gorleben-Strafprozeß wurde gegen einen Landwirt und zwei Erntehelferinnen geführt. Sie kamen nach einer Heuernte an einer Demonstration vorbei, wurden ohne ersichtlichen Grund vom BGS brutal vom Trecker gezerrt, gefesselt, erkennungsdienstlich behandelt und wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" angeklagt. Der Prozeß endete für den Bauern mit der Einstellung des Verfahrens bei Zahlung einer Geldbuße zu Beginn der Verhandlung, und für die beiden Frauen mit einem Freispruch. Obwohl der Einsatzleiter von damals die Aussage mit den BGS-Zeugen abgesprochen hatte, mußten die beiden Frauen nicht wegen einer zweifelhaften Beweislage, sondern wegen erwiesener Unschuld freigesprochen werden.

Prozeß gegen Eckhard Tietke

Der zweite Angeklagte in dieser Prozeßserie war E. Tietke, der bereits wegen der Treckerblockade im Mai '79 zu einer Geldstrafe verurteilt worden war. Ihm wurde ebenfalls Nötigung, Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung vorgeworfen. Am ersten Prozeßtag erklärte ein Schöffe noch vor Beginn der Verhandlung im Gerichtssaal sinngemäß, daß alle AKW-Gegner Spinner seien. Er wurde daraufhin wegen Befangenheit abgelehnt. Beim nächsten Prozeßtermin stellte sich heraus, daß die Beweiskette nicht „dicht" genug ist. Jetzt sollen noch weitere BGS-Zeugen gesucht werden, die den Vorfall beobachtet haben, außerdem soll das Güllefahrzeug besichtigt werden. Der Prozeß wird in einigen Wochen neu eröffnet.

Prozeß gegen Addi Lambke

Mit dem Prozeß gegen A. Lambke wurde die Prozeßserie gegen die Bauern, die an der Gülle-Aktion beteiligt waren, eröffnet. Das Verfahren wurde eingestellt, nachdem sie die BGS-Zeugen in Widersprüche verstrickten und ein Journalist ein Foto vorlegte, das bewies, daß der wegen Nötigung, Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung angeklagte A. Lambke nicht der Täter sein konnte.

In diesem Prozeß wurde auch die Frage gestellt, ob sich der BGS überhaupt zu der Zeit auf dem Gelände aufhalten durfte, denn das Land war noch nicht im Besitz der PTB.

Prozeß gegen U. und F. von Blottnitz

Als „offensichtlich unbegründet" hat das Oberlandesgericht Celle die Revision des Ehepaars v. Blottnitz gegen ein Urteil des Landgerichts Lüneburg verworfen. Die beiden waren wegen Nötigung bei der Blockade des Bohrdepots der Celler Brunnenbau im Mai '79 zu einer Geldstrafe verurteilt worden.

Prozeß gegen Gabi Jaeger

Wegen Nötigung wurde Gabi Jaeger angeklagt, weil sie an einer Blockade bei Errichtung der ersten Tiefbohrstelle 1003 im September '79 beteiligt war. Dieses Verfahren wurde gegen die Zahlung einer Geldbuße von 300,- DM eingestellt. Gegen Gabi liefen auch Ermittlungen wegen der „Baumbesetzung" auf 1003, diese wurden zunächst eingestellt, weil eine Verurteilung in dem anderen Verfahren erwartet wurde. Nach der Einstellung des Verfahrens wurden diese Ermittlungen jetzt wieder aufgenommen.

Es gibt jetzt auch eine Dokumentation zur Kriminalisierung, über die bisherigen Aktionen, Ermittlungsverfahren und Prozesse. „Widerstand in Gorleben" wurde von der Prozeßgruppe des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie herausgegeben. Bestellungen über : Marienstr. 10 34 Göttingen

Atomkraftgegner sollen blechen !

Die Räumung von 1004 wird für die 14 Turmbesetzer, die vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt wurden, wahrscheinlich nicht ohne Folgen Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff kündigte an, die 14 Personen hätten mit Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Fernmeldegesetz zu rechnen, weil auf dem Turm der Sender Freies Wendland installiert war. Das bedeutet, daß jeder Turmbesetzer ca. 20-30.000 DM zahlen muß (nach Informationen eines Turmbesetzers). Unklar ist noch, ob die Bezirksregierung die Demonstranten zur Zahlung der Kosten des Polizeieinsatzes (mehrere Millionen DM) heranziehen will.

Diese Art von Einschüchterungsversuch ist nicht neu. Im Juni 1977 wurde in Grohnde das für die Kühltürme vorgesehene Gelände besetzt und ein Anti-Atom-Dorf errichtet. Nach 72 Tagen wurden 200 Besetzer von ca. 1200 Polizisten abgeräumt, nachdem von jedem Einzelnen die Personalien festgestellt waren. Der damalige niedersächsische Innenminister Groß (FDP) kündigte an, daß die Besetzer die Kosten für den Polizeieinsatz zu zahlen hätten.

Nach 1 1/2 Jahren, ca. eine Woche vor der Demonstration in Hannover bekamen die ehemaligen Besetzer „Ankündigungen" für die Leistungsbescheide. Im Juli 1979, wenige Wochen vor den Aktionen zu den Tiefbohrungen, wurden die Leistungsbescheide verschickt. Es seien, so die Bezirksregierung Hannover, Verwaltungskosten in Höhe von 212.133,- DM enstanden, jeder Einzelne hafte als Gesamtschuldner. Das heißt, auch wenn einer/eine den Teilbetrag von 1060,- DM bezahlt hat, haftet sie/er, bis der Gesamtbetrag bezahlt ist. Der Gesamtbetrag setzt sich aus Verpflegungskosten, Reisekosten/Aufwandsentschädigungen, Betriebskosten für Fahrzeuge und Gerät, Mehrarbeitsentschädigungen, Unterkunftskosten und Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten zusammen.

Die meisten der Betroffenen legten Widerspruch gegen diese Bescheide ein. Die Bezirksregierung erklärte damals, sie würde das Urteil des Verfahrens um die Rechtmäßigkeit der Räumung abwarten. Inzwischen hat das Verwaltungsgericht Hannover entschieden, daß die Räumung rechtswidrig verlief, das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig Ungeachtet dieser Tatsache lehnte die Bezirksregierung die Widersprüche ab.

Daran, daß sie früher oder später das Geld eintreiben wollen, besteht kaum ein Zweifel. So hat auch das Landgericht Hannover vor einigen Wochen erklärt, daß 14 der Demonstranten, die an 19. 3.77 in Grohnde demonstrierten, den Schaden, der während der Demonstration entstanden ist, bezahlen sollen. Über die Summe, die zunächst mit 234.000 DM angegeben war, und sich z.B. aus Kosten für verbrauchte Schlagstücke, chemische Keulen, Tränengasgranaten zusammensetzt, wird noch gesondert entschieden.

Man könnte nun annehmen, daß diese 14 sich besonders „gewalttätig" verhalten hätten. Sie wurden aber von den insgesamt 60 Festgenommenen völlig willkürlich herausgegriffen. Zu ihnen gehört z.B. eine Demonstrantin, die nicht bis zum Bauplatz kam, sonder an einer Straßensperre vor Grohnde abgefangen und vorläufig festgenommen wurde. Nachdem ihre Personalien festgestellt und sie wieder freigelassen worden war, hörte sie nie wieder etwas von Polizei oder Justiz. 18 Monate später erhielt sie einen Leistungsbescheid über 12.995,; DM, und zwar für *„Schadensersatz aus Anlaß der Ereignisse am 19. 3.77 in Grohnde":* An diesen Gewalttätigkeiten haben Sie sich beteiligt." Auch soweit sie sich nicht aktiv beteiligt habe, erläuterte die Bezirksregierung, so müsse doch *„auf Grund ihres Verhaltens davon ausgegangen werden",* daß sie *„die eingetretenen Personen- und Sachschäden als Mittäter oder Gehilfe zumindes billigend in Kauf genommen" habe.*

Mit dem Urteil wird jetzt die Auffassung, daß jeder, der im Umkreis einer Demonstration, bei der es zu Sach- oder Personenschäden kommt, für den Schaden haftbar gemacht werden kann, bestätigt. Der Bundesgerichtshof entschied 1974 in einem Prozeß über eine Hausbesetzung, daß es „unerheblich" für die Haftung eines Demonstranten sei, ob er den Schaden eigenhändig (mit-)verursacht und wieviel er selbst zu ihm beigetragen habe. Das bedeutet, jeder, der bei einer Demonstration auch nur zuschauen will, kann für den entstandenen Schaden haftbar gemacht werden. Die Teilnahme oder das Zuschauen bei einer Demonstration wird durch die Aussicht, lebenslang für die Schäden haften und unter Pfändungsgrenze dahinvegetieren zu müssen, zu einem unübersehbaren Risiko. Dazu könn natürliceh auch noch berufliche Schwierigkeiten kommen. Die Leistungsbescheide und Zahlungsaufforderungen sollen die AKW-Gegner von weiteren Aktionen zu Gorleben und gegen das Atomprogramm abhalten. Die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit werden so zur Farce und einfach und gewinnbringend außer Kraft gesetzt. Aber glaubt die Landesregierung ernsthaft mit Hilfe der Gerichte und durch solche Mittel Demonstrationen verhindern zu können ?

EINLADUNG ZU EINER BUNDESKONFERENZ DER ANTI-ATOM-BEWEGUNG AM 29./30.11.1980 IN KASSEL

Seit der Räumung des Dorfes 1004 ist von zahlreichen BI's der Wunsch nach einem bundesweiten Treffen zur Beratung der weiteren Perspektiven verstärkt geäußert worden.Auf Initiative der BI Lüchow-Dannenberg fand am 23.8. in Kassel ein Vorbereitungstreffen zu dieser Frage statt. Etwa 30 Vertreter aus 14 Bürgerinitiativen und Anti-Atom-Gruppen nahmen daran teil. Beschlossen wurde, eine Bundeskonferenz am 29./30. November in Kassel durchzuführen. Alle Teilnehmer waren sich darüber einig, daß diese Konferenz von möglichst vielen Gruppen getragen und die Bedingungen für eine sorgfältige Vorbereitung gegeben sein müssen. Deswegen schien ein Termin vor Ende November dieses Jahres nicht möglich.

Auf dem Vorbereitungstreffen wurde deutlich, daß zur Zeit die Anti-AKW-Bewegung mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert ist, so daß eine Diskussion über den weiteren Weg notwendig erscheint:

- **Das Vorgehen der Polizei bei der Räumung von 1004 hat nicht nur eine breite Welle der Empörung erzeugt, sondern auch resignativen Tendenzen Vorschub geleistet.**
- **Die Bürgerinitiativen sehen sich seit längerem einer Kampagne von Politikern und Betreibern ausgesetzt, in der nicht mehr die angebliche Sicherheit von Atomanlagen im Mittelpunkt steht, sondern die Angst vor Rohstoff- und Energieknappheit sowie kriegerischen Auseinandersetzungen im Falle eines Verzichts auf Atomenergie geschürt wird.Dies zwingt die Atomgegner sich auf neue Fragen einzustellen.**

Einigkeit bestand in Kassel auch darin, die Bundeskonferenz als Ausgangspunkt für einen intensiven Meinungs-und Erfahrungsaustausch zu betrachten und keine falschen Erwartungen auf eine rasche Vereinheitlichung der Standpunkte in sie zu setzen.

Folgende Themenschwerpunkte wurden in Kassel beschlossen:

1. Auswertung der Aktion 1004:
- Was hat 1004 für Gorleben und den Widerstand insgesamt gebracht?
- Haben sich die Organisationsstrukturen bewährt?
- Passiver Widerstand – Modell für die Anti-AKW-Bewegung ?
- Strategie von Staat und Polizei bei der Räumung ?

(Kontakt: Gabi Jaeger, Elbholz, 3136 Gartow)

2. Neues Entsorgungskonzept der Bundesregierung: Zwischen-und Kompaktlagerung / WAA in Hessen:
- Weitere Informationen dazu wird es auf dem Zwischenlager-Hearing in Arhaus am 13./14. September geben.

(Kontakt: Ute Kampmeier, Streetz Nr.10, 3138 Dannenberg)

3. Energiepolitik der Bundesregierung:
- Auswertung des Berichts der Enquete-Kommission
- Energiesparkampagne der Bundesregierung
- Warum propagiert die Bundesregierung Alternativenergien?

(Kontakt: Friedhelm Musall, Gartenweg 5, 3576 Schwabendorf, Tel. 06425/1588, Gorleben-AG Marburg)

4. Zusammenhang von Atomprogramm und atomarer Aufrüstung:
- AKW-Exporte in die Dritte Welt
- Kann Atomenergie den Krieg um's Öl verhindern?
- mögliche Zusammenarbeit mit antimilitarist. Gruppen

(Kontakt: BUU Hamburg, Bartelsstr. 26, 2 HH 6
Eva Quistorp, Schlüterstr. 28, 1 Berlin 12 (BBU))

Zu diesen vier Themen haben sich die jeweiligen Kontaktgruppen bereit erklärt, Beiträge von den einzelnen BI's zu sammeln, um auf dieser Grundlage (in Zusammenarbeit mit interessierten Gruppen) den entsprechenden Teil für eine Materialmappe zusammenzustellen.

5. Prozesse gegen Atomgegner – Kriminalisierung
- Zu diesem Thema, das nicht als Schwerpunkt gedacht ist, sollte auf der Bundeskonferenz zumindest ein Bericht über die gegenwärtige Situation gegeben werden.

(Kontakt: Göttinger AK gegen Atomenergie, Postfach 45 34 Göttingen)

Diese Themenwahl soll einen groben Rahmen für die Bundeskonferenz darstellen und keine Initiativen abwürgen, die sich aus den erst anlaufenden Diskussionen in den Gruppen noch ergeben können.

Betrifft Materialmappe

Wie schon erwähnt soll als Vorbereitung für die Bundeskonferenz eine Materialmappe erstellt werden, die vom Göttinger AK ca. drei Wochen vorher auf Grundlage von Bestellungen verschickt wird (nur bei Vorauszahlung, Preis pro Exemplar 3,– DM, zu überweisen an: Kirsten Hellwig, Sonderkonto Nr. 311 280 303, Postscheckamt Hannover, BLZ: 250 100 30, Stichwort: Bundeskonferenz). Die endgültige Zusammenstellung bzw. Endredaktion der Materialmappe findet nach der vorläufigen Planung am 25./26. Oktober auf der Grundlage der AG-Ergebnisse statt. Gruppenbeiträge, die außerhalb der genannten Themenbereiche liegen, sollen direkt an die Göttinger gesandt werden. Dieses Redaktionstreffen ist gleichzeitig letztes offizielles Vorbereitungstreffen für die Bundeskonferenz.

Zeitplan

10. Oktober : Einsendung der Gruppenergebnisse
10. bis 24. Oktober: Zusammenstellung der jeweiligen Themenbereiche
25./26.Oktober: Endredaktion und letztes Vorbereitungstreffen
Anfang November: Verschickung der Materialmappe
30. November: Bundeskonferenz

Auf dem Vorbereitungstreffen waren folgende Gruppen anwesend:

BI Lüchow-Dannenberg, Anti-Atom-Büro Kassel, BI Kassel, BASTA Kassel, Anti-Atom-Büro Diemelstadt, BUU Hamburg WAA-Gruppe Lüneburg, Anti-Atom-Gruppe Bad Wildungen Büro für Atomenergieprobleme Bochum, BI Kieler Förde, Bürgeraktion Umweltschutz Bonn, Göttinger AK gegen Atomenergie, Gorleben AG Marburg, BBA Bremen, Berliner AKW-Gruppen, BBU.

Für die Teilnehmer des Vorbereitungstreffens:
Gabi Jaeger, BI Lüchow-Dannenberg
Matthias Küntzel, WAA-Gruppe Lüneburg

Aufruf zur Demonstration
Gegen Rüstung und Atom

*25. Oktober in Nordhorn/Lingen

Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern wird auch wahrscheinlicher:

- In Europa, dem Hauptschauplatz der Ost-West-Auseinandersetzungen, geht der wahnsinnige Rüstungswettlauf ungebrochen weiter und wird durch neuartige Atomraketen zusätzlich beschleunigt;
- durch den Export von Rüstungsgütern und atomaren Techniken in die Länder der Dritten Welt werden neue Krisengebiete geschaffen und die Kriegsgefahr erhöht;
- die ungerechte Verteilung des Wohlstands, die Ausbeutung der Dritten Welt und der wirtschaftliche Konkurrenzkampf drohen zu einem militärischen Konflikt um die restlichen Rohstoffe auszuarten. Die derzeitig vorbereitete Aufstellung "Mobiler Einsatztruppen", um die Ölfelder im Nahen und Mittleren Osten zu besetzen, droht Europa in einen Krieg hineinzuziehen.

Ökologische Krisen und weltweite Aufrüstung gefährden den Frieden und unsere Lebensgrundlagen.

Wir leben schon jetzt auf einem atomaren Pulverfaß. Auf dem Boden der Bundesrepublik lagern über 7.000 Atomsprengköpfe. Im Rahmen des sogenannten 'zivilen' Atomprogrammes sollen noch weitere atomare Anlagen hinzukommen, von Anreicherungsanlagen über Brennelemente-Fabriken, Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen bis zu Atommüllagern. Wie die militärische Atomforschung die Grundlage für das 'zivile' Atomprogramm war, so können diese Anlagen heute den Grundstoff für die Herstellung von Atombomben liefern.

Die Gefahren eines katastrophalen Unfalls durch technische Mängel oder durch menschliches Fehlverhalten erhöhen sich ständig. Allein in den letzten Monaten hat die Welt durch Computerfehler in der amerikanischen Raketenzentrale dreimal für einige Minuten am Rande eines atomaren Weltkrieges gestanden. Wie die Katastrophe von Harrisburg gezeigt hat, ist trotz aller Sicherheitsbeteuerungen der Atomlobby ein Super-GAU bei atomaren Anlagen jederzeit möglich.

Viele Bürger sind nicht mehr bereit, die Risiken der Atomenergie und die Bedrohung durch das Wettrüsten tatenlos hinzunehmen und leisten Widerstand gegen das 'zivile' und militärische Atomprogramm. Aber den Militärs und Berufspolitikern gelingt es immer wieder, durch eine ungeheure Manipulation des Denkens und die Erzeugung von Angst eine öffentliche Diskussion über die steigenden Kriegsgefahren und die anhaltende Aufrüstung zu verhindern. Mit falschen Formeln wie dem "Gleichgewicht des Schreckens", daß Rüstung zur Friedenssicherung und Kriegsdienst als "Dienst für den Frieden" erforderlich sei, wurde die Bevölkerung über die wachsende Bedrohung der gesamten Menschheit im unklaren gelassen.

35 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges haben die Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt ein unglaubliches Vernichtungspotential von 3,7 Millionen Hiroshima-Bomben angehäuft. Auf beiden Seiten werden ständig neue Atomwaffen produziert. Der Einsatz auch nur eines Teils dieser Bomben kann die Vernichtung der gesamten Menschheit und allen Lebens zur Folge haben.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Atom-provinz Emsland

Ausführliche Karte siehe Rückseite.

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Entgegen den Bekenntnissen zu Frieden und Abrüstung erhöhen die Regierungen tatsächlich Jahr für Jahr die Zahl der Waffen. Auch hier in der Bundesrepublik treiben die führenden Kräfte, Parteien und Politiker von Regierung und Opposition dieses alte Spiel weiter. Durch massive Unterstützung seitens der Bundesregierung wurde mit der demagogischen Formel der 'Nachrüstung' in der NATO durchgesetzt, in den Jahren 1981 - 1983 neue Atomwaffensysteme – Cruise-Missiles und Pershing II – in Westeuropa zu stationieren, den größten Teil davon auf bundesdeutschem Boden. Produktion und Stationierung dieser Mittelstreckenraketen begünstigen Strategien eines auf Europa begrenzten Atomkrieges.

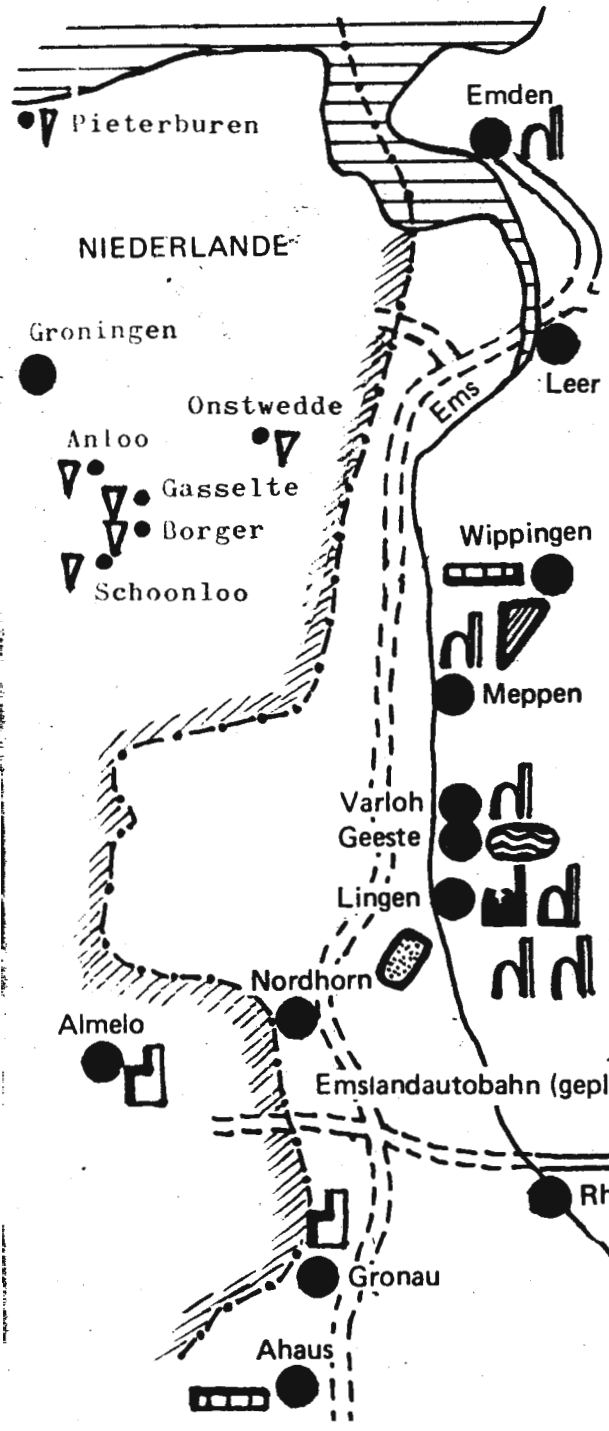
Im Osten wie im Westen gilt: Frieden ist nur jenseits von Waffen und militärischer Gewalt möglich. Sicherheit ist im Atomzeitalter militärisch nicht herzustellen, das Wettrüsten bleibt eine ständige Gefahr. Frieden läßt sich dauerhaft nur durch eine konsequente Entspannung und echte Abrüstungsschritte bei atomaren und konventionellen Waffen erreichen. Die Einführung neuer Waffensysteme, der Aufschub des SALT-II-Abkommens, der Aufbau einer westeuropäischen Atomstreitmacht, das Bestreben zur Rekrutierung von Frauen für den Kriegsdienst, sind Versuche einflußreicher Kräfte, den Kalten Krieg wiederzubeleben und internationale Krisen hemmungslos für eine weitere Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft auszunutzen.

Ökologie- und Friedensbewegung sind sich bewußt: Ein Krieg bedroht das Überleben der Menschheit. Rüstung und militärische Manöver sind zugleich die sinnlosesten Formen der Rohstoffvergeudung, Umweltverschmutzung und Naturzerstörung. Die ungeheuerliche Verschwendung von 900 Milliarden Mark Rüstungsausgaben pro Jahr in der gesamten Welt ist mitverantwortlich dafür, daß Millionen Menschen durch Unterentwicklung, Krankheiten, Hunger oder durch die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden in ihrer Existenz gefahrdet sind. Auch bei uns wehren sich Bürgerinitiativen gegen Landschaftszerstörung und Lärmbelästigung durch das Militär.

Die Sicherung des Friedens und der Lebensgrundlagen ist bei den herrschenden Politikern schlecht aufgehoben. – Wir müssen selbst die Initiative ergreifen! Der weltweiten Bedrohung stellen wir unsere internationale Zusammenarbeit entgegen!

Unser Ziel, Leben zu schützen, drückt sich auch in unseren Widerstandsaktionen aus. Wir wollen – wie die Platzbesetzer in Gorleben – gewaltfrei demonstrieren und damit Formen des zivilen Widerstands entwickeln.

Atomprovinz Emsland:



EMDEN:
- AKW geplant / riesiger Dollarthafen geplant.

LEER:
- Chemiehafen geplant.

WIPPINGEN:
- Atommüll Zwischenlager, Endlager und Wiederaufbereitungsanlage als möglicher Standort genannt.

MEPPEN:
- AKW 1300 MW geplant.
- Bundeswehr Erprobungsstelle für Waffen und Munition.

VARLOH:
- AKW 1300 MW geplant.

GEESTE:
- Kühlwasserspeichersee für AKWs im Raumordnungsverfahren.

LINGEN:
- KWL (Kernkraftwerk Lingen) stillgelegte Atomruine / neue Gasturbine der BBC (Bauauftrag bereits vergeben) soll ins alte Maschinenhaus zunächst für Stromerzeugung mit Erdgas, dann für HTR.
- HTR 300 (Hochtemperaturreaktor 300 MW) Genehmigungsantrag 1982 zu erwarten / erzeugt Strom und Prozeßwärme für eine geplante Kohlevergasungsanlage.
- KKE I (Kernkraftwerk Emsland) 1300 MW im Genehmigungsverfahren / im Antrag bereits mit 2 Wasserentnahmebauwerken (für 2. AKW) ausgestattet.
- KKE II 1300 MW geplant / wird auf dem Gelände des KKE I ohne neuen Bauantrag als Wiederholungsbau die Betriebsgenehmigung beantragen.
- Exxon Nuclear Brennelementefabrik in Betrieb.

NORDHORN:
- NATO-Bombenabwurfplatz Nordhorn Range.

ALMELO:
- URENCO Urananreicherungsanlage in Betrieb.

GRONAU:
- Uranit GmbH Urananreicherungsanlage in Bau.

AHAUS:
- Brennelementezwischenlager beantragt.

GREVEN:
- AKW geplant.

Bundeswehr Erprobungsstelle

NATO Bombenabwurfplatz

Urananreicherungsanlage

Brennelementefabrik

Atomkraftwerk

Kühlwasserspeichersee

Atommüll-Lager

mögl. Standorte für das niederländische Atommüll-Endlager

V.i.S.d.P. Klaus Mannhardt, Rellinghauser Str. 214, 4300 Essen 1

★ ★

Wir rufen alle Bürger zur Demonstration gegen das militärische und 'zivile' Atomprogramm auf:

Beteiligt Euch am bundesweiten Aktionstag am 25. Oktober 1980
mit einer Demonstration in Nordhorn / Lingen
"Gegen ein atomares Emsland"

Wir rufen auf, weitere gemeinsame Aktionen in anderen Regionen durchzuführen. Unter dem Motto: " Atomkraftwerke und Atomwaffen – gemeinsam abschaffen" fordern wir:

- Abrüstung in Ost und West. Erste vertrauensbildende Schritte durch die Bundesrepublik. Keine Stationierung neuer Atomraketen auf bundesdeutschem Boden. Schaffung einer atomwaffenfreien Zone Mitteleuropa.
- Stillegung aller Atomanlagen. Einstellung des Exports atomarer Anlagen. Keine Frauen in die Bundeswehr. Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung.
- Entgiftung der Umwelt. Keine Verschwendung von Rohstoffen und Energie. Umstellung der Atomwirtschaft und der Rüstungsindustrie auf zivile und sozial nützliche Güter. Verstärkter Einsatz natürlicher Energiequellen.

KOORDINATIONSAUSSCHUSS ÖKOLOGIE UND FRIEDEN
Kontaktanschriften: BBU, Hellbergstr. 6 , 75 Karlsruhe 21 DFG–VK, Rellinghauserstr.214, 43 Essen 1